

Preise.
3300
feld
latz
habt haben.
3370
ei Berlin.
Kritik auf dem
werden müßten.
dem durch seine
Nach 5 Jahren
aus auf.
ffischen Gerberet
wacht
ings-
n
ts-
ungen
riefe
Karten
karten
skarten
s-
r
ys
r
ter
Gefe.
15 Buchstaben
elt gerechnet.
ang angenommen.
eiderin
n. Sieferstr. 20.
aden. [3350*]
ren,
gänglich. Abends
heinland. Ver-
gen durch die
raiser-Wilhelms-
agenbed. Die
Jahre schließt
nur diese Woche.
[3376*]
en!
stroph., Blumen-
bis, Stadtraben-
n A. Scherhoff,
r. 42. [3369*]
Breife [3371*]
amenhaar zählt
eichstr. 61.
ren
en. Abzugeben
Wiederbringer
[3377*]

Abonnementspreis
für Vielsefeld und Umgegend, so-
wie bei sämtlichen Agenturen frei
ins Haus gebracht 60 Pfg. monat-
lich. Durch die Post bezogen
1,80 Mk. vierteljährlich inklusive
Bestellgeld.
Einzelnnummer 10 Pfg.
Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonn- und
Feiertage täglich nachmittags.
Fernsprech-Anschluß Nr. 353.

Volkswacht

Organ der Sozialdemokratie
für das östliche Westfalen und die lippischen Fürstentümer.

Insertionspreis
für die einseitige Zeile oder
deren Raum 15 Pfg. Bei Wieder-
holungen entsprechender Rabatt.
Insertaten-Ausnahme
bis 1/20 Uhr vormittags. Größere
Insertate müssen bis 5 Uhr abends
tags zuvor aufgegeben sein.
Druck und Verlag der
Buchdruckerei und Buchhandlung
„Volkswacht“
A. Gerlach & Co., Vielsefeld.

Buchhandlung, Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße Nr. 20.
Nr. 142. Vielsefeld, Dienstag, 22. Juni 1909. 20. Jahrg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten. Kommunalpolitische Aufgaben auf dem Lande.

Die moderne Kommunalpolitik ist zuerst als eine Summe großstädtischer Probleme in die Erscheinung getreten. Das außerordentlich große und rasche Anwachsen der Städte erzeugte Zustände, deren Unhaltbarkeit immer offenkundiger wurde, und neue Aufgaben traten deshalb immer zahlreicher an die Stadtverwaltungen heran. Die Versorgung der Städte mit Wasser, Licht, Lebensmitteln, die Regelung des Wohnungs- wezens, des städtischen Verkehrs usw. warfen täglich neue Fra- gen auf, die zunächst für das Land noch keine Bedeutung zu haben schienen und daher dort auch keine Beachtung fanden. Aber nachdem die Städte eine große Anzahl moderne Einrich- tungen geschaffen haben, nachdem ganz besonders die Hygiene in den Städten eine besondere Ausbildung erfahren hat, fällt ein Gegenstand zwischen den großen Städten und dem Lande auf, der vieles zugunsten der großen Städte spricht, das Land in einem immer weniger rötigen Licht erscheinen läßt, als es früher der Fall war und der aber auch darauf hinweist, welche große kom- munalen Aufgaben nun auf dem Lande zu erfüllen sind, wenn die Lebensverhältnisse in den Dörfern auch nur annähernd den hygienischen Anforderungen entsprechen sollen, die in einer Stadt heute als selbstverständlich und dringend geboten aner- kannt und meist durchgeführt sind.

Der Medizinalrat Dr. C. Roth in Potsdam hat seine Vor- träge über die ländliche Hygiene, die er in der Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung zu Berlin gehalten hat, in Buchform herausgegeben. (Ländliche Hygiene. Von Dr. C. Roth. Jena, Verlag von Gustav Fischer.) Das Material, das Herr Dr. Roth über die hygienischen Zustände auf dem Lande zu- sammengetragen hat, gibt ein Bild davon, welche außerordent- liche kommunale Arbeit auf kommunalem Gebiete in den Dörfern zu leisten ist und zum Wohle der Bewohner vollbracht werden muß. Der erfahrene Arzt stellt auch eine große Anzahl von For- derungen auf, die als ein kommunales Programm für das Land gelten können.

Besonders darauf hingewiesen wird auf die geringen An- forderungen, die in baulicher Hinsicht an die Wohnhäuser und deren Nebenanlagen gestellt werden. Vielfach fehlen Bestim- mungen über Anlage von Brunnen, Aborten und Dingergruben und deren Entfernung von Wasserentnahmestellen. Besonders in den östlichen Teilen Preußens liegen diese Verhältnisse sehr schlimm. So konnte der Kreisarzt eines westpreussischen Kreises gelegentlich einer Typhusepidemie in einer ländlichen Ortschaft melden, daß im ganzen Dorfe kein einziger Abort zu finden sei. In anderen Gegenden finden wir Abort ohne Grube oder über der Dingergrube hängend. In dem von der Medizinal- abteilung des Kultusministeriums in Preußen herausgegebenen Gesundheitsbericht für 1905 heißt es bezüglich eines östlichen Bezirks: „Bauerngehöfte besitzen selten Abortanlagen, Tage- löhnerhäuser meistens nicht.“ Haus- und Wirtschaftswasser werden entweder herunter auf den Hof, die Dingergrube oder auf die Straße gegossen. Als weitere Folge ergibt sich die Un- reinlichkeit der Höfe, die Verunreinigung des Untergrundes, der Straßen, der Dorfwege und Flüsse und weiterhin die Ge- fährdung der meist in nächster Nähe der Dinger- und Jauche- gruben gelegenen Brunnen, Miststände, die noch weiter dadurch gesteigert werden, daß das weiche Wasser der allen möglichen Verunreinigungen ausgesetzten Dorfwege von den Dorfbewohnern mit Vorliebe zu allerhand häuslichen Verrichtungen, nicht selten auch zum Trinken benutzt wird. „Je weniger sorg- fältig aber die Entfernung der Abfallstoffe gehandhabt wird“, sagt Dr. Roth, „um so näher liegt die Gefahr, daß Krankheits- keime durch den Verkehr von Menschen und Tier wie durch Ver- mittlung des Wassers verschleppt werden.“

Im Süden und Westen Deutschlands haben in vielen Kreisen heute schon fast sämtliche Gemeinden Wasserleitung, aber im Osten und im Norden überwiegen die Einzelbrunnen auf dem Lande und in kleineren Städten. Diese Brunnen genügen meistens nicht den einfachsten hygienischen Anforderungen. Nicht nur, daß diese Brunnen eine reiche Mikrofauna und Flora (Tier- und Pflanzenwelt) beherbergen, sie dienen auch Kröten und anderem Geseir als Zummelplatz. Von den 1330 im Jahre 1905 in einem Kreise des Potsdamer Bezirks von Kreisärzten besichtigten ländlichen Brunnen war nur ausnahmsweise die Umgebung erhöht, so daß Hof- und Straßwasser meist in den Brunnen gelangen konnten. In einem westlichen Kreise wurden nur 9 Prozent der Brunnen einwandfrei befunden. Viele Brunnen sind sogar in der Nähe der Abortgruben oder Dinger- stätten.

Auch die zentralen Wasserversorgungsanlagen auf dem Lande wurden bei den amtsärztlichen Besichtigungen zu einem großen Teile nicht hygienisch einwandfrei befunden. Ganz besonders ungünstig ist aber auch in Bezug auf die Wasserhältnisse wieder der Osten Preußens betroffen, wo sich heute noch eine große Anzahl ländlicher Ortschaften befinden, die hinsichtlich der Wasserversorgung ausschließlich auf offene Wasserläufe oder stehende Gewässer und Teiche angewiesen sind.

Die Wohnungsverhältnisse auf dem Lande lassen meistens alles zu wünschen übrig. Im allgemeinen, meint Dr. Roth, macht sich auf dem Lande eine gewisse Sorglosigkeit sowohl in der Auswahl des Bauplatzes, wie in der Beschaffenheit des Bau- materials und der Bauausführung gegenüber gesundheitlichen Gefahren geltend. Und die Ungründlichkeit des Wohnens nimmt auf dem Lande in demselben Maße zu, als die Industrie auf das Land hinausgeht.

Die öffentlichen sanitären Einrichtungen auf dem Lande be- schränken sich in der Regel auf die Armen- oder Gemeindehäuser. Diese Armenhäuser sind meistens die ältesten und schlechtesten Häuser im Dorfe, bestehen aus elenden Böckern, haben keine Hausverwaltung und bieten nichts als ein notdürftiges Obdach. Der diese Verhältnisse kennt, oder wer gar in einer solchen Ver- waltung Kranke, namentlich solche mit übertragbaren Krank- heiten behandelt hat, wird das Verlangen nach etwas mehr Hygiene und auch etwas mehr Charitas . . . auf diesem Ge- biete der ländlichen Armenkrankenpflege gerechtfertigt finden. So der mehrfach genannte Arzt, der ferner mitteilt: „Von ein- zelnen Krankenstuben abgesehen, gehören eigentliche Kranken- und Sickenhäuser auf dem Lande außerhalb der Industrie- bezirke und von den Bade- und Kurorten und den Vororten

der Großstädte abgesehen, im Osten der preussischen Monarchie, in Hannover und Hessen-Nassau zu den Seltenheiten.“ Was die ländlichen Schulen betreffe, so genügen nur die neueren den Anforderungen der Reinlichkeit und Hygiene. Aber auch die Schulzeinteilung auf dem Lande zeitige einen gesundheitlichen Mangel. Die Kinder haben vielfach einen weiten Weg zu machen und erhalten deshalb kein Mittagessen, weil sie während der einstündigen Mittagspause nicht nach Hause gehen können. In einer ländlichen Gemeinde kommen 66 Prozent der Schul- kinder von auswärts.

Den sichersten Maßstab für die Hygiene des Landes bieten die Erkrankungs- und Sterblichkeitsverhältnisse. Ruhr, Typhus und andere übertragbare Krankheiten kommen auf dem Lande häufiger vor als in den Städten. Die Sterblichkeit nimmt in den Städten auch mehr ab als auf dem Lande. Die Säuglings- sterblichkeit hat sogar auf dem Lande teilweise zugenommen, und auch die Tuberkulosesterblichkeit nimmt auf dem Lande nicht in dem Maße ab, wie in den Städten!

Dr. Roth stellt nun eine große Reihe von Forderungen auf, die eine gründliche Reform auf allen den erwähnten Gebieten erzielen sollen. Besonders sei auf die Errichtung von Gesund- heitskommissionen in allen größeren ländlichen Gemeinden hin- gewiesen. Diesen Gesundheitskommissionen sollen gegebenen- falls Vertreter aller derjenigen Kommissionen und Deputationen angehören, die auf dem Gebiete der kommunalen und sozialen Hygiene tätig sind, auch Vertreter der Krankenkassen, der Schulen usw. Die an Räume zum Wohnen und Schlafen zu stellenden Mindestforderungen sind durch Gesetze festzusetzen. In jeder Gemeinde muß eine der Einwohnerzahl und der räum- lichen Ausdehnung entsprechende Anzahl einwandfreier Wasser- entnahmestellen vorgegeben sein. Durch entsprechende bau- polizeiliche Bestimmungen und Ertrag von Brunnenverordnungen sind die wichtigsten gesundheitlichen Forderungen sicherzustellen. Außerdem müssen geeignete Sachverständige und erfahrene Brunnenbauer für diesen Zweck zur Verfügung stehen. Die Veranlagung der festen und flüssigen Abfallstoffe hat so zu er- folgen, daß Verunreinigungen des Untergrundes, der Brunnen und der Wasserläufe ausgeschlossen sind. Die übrigen Forderun- gen beziehen sich auf die Kranken- und Armenfürsorge, Schul- speisung, Wälder usw.

Zweifellos liegt die ländliche Hygiene besonders im Osten Deutschlands noch sehr im Argen und erfordert eine große Ar- beit, um mit den die Gesundheit bedrohenden Mischständen auf-zuräumen. Aber damit auch etwas Grundlegendes geschieht, bedarf es der Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts zu allen Kommunalwahlen, um den fortschrittlich gesinnten Elemen- ten — und das sind die Arbeiter — den nötigen Einfluß zu verschaffen und die Herrschaft der rückständigen Großgrund- besitzer zu brechen.

Abermals die sozialdemokratischen Prophezeiungen.

Unsere Gegner empfinden es als einen der schwersten Miß- stände an der Sozialdemokratie, daß sie ihnen nicht genügend Angriffsmaterial bietet. Dieser bedauerliche Mangel wird durch immer neue Verleumdungen abzuheben, ist nicht so leicht. Denn um sich derartige Verleumdungen aus den Fingern zu saugen, muß man ein Quantum „geistiger Arbeit“ verrichten, und das hat seine Unbequemlichkeiten. Aus diesem Grunde machen die Ordnungsmäßigsten sich die Sache einfacher, indem sie alle Ver- leumdungen notizen sich in einer besonderen Wappe aufbewahren, um sie daraus zu pflücken oder unpasender Stunde wieder herabzujubeln.

So geschieht es gegenwärtig mit einem Geschreibsel, das die antisemitisch-mittelständlerische Zeitschrift „Der Hammer“ Ende August 1908 zu ihrer Blamage der Öffentlichkeit preisgab.

Die damals, so wird die dreiste Albernheit in diesen Tagen wieder ohne jegliche Aenderung gegen die Sozialdemokratie los- gelassen.

Die Notiz, die neuerdings u. a. in Nr. 268 der „Kreuz- zeitung“ vom 11. Juni 1909 veröffentlicht wird, hat folgenden Wortlaut:

„Eine hübsche Zusammenstellung sozialdemokratischer Prophe- zeien bringt die Zeitschrift „Der Hammer“. „Spätestens in 10 Jahren kommt der große Kladderadatsch“, sagte August Bebel 1875 — da stand die bürgerliche Welt noch 30 Jahre und wollte noch immer nicht untergehen. „Mit un- fähiger Sicherheit eilen wir von Sieg zu Sieg“, sagte Singer vor den letzten Wahlen — da verlor die Sozialdemokratie die Hälfte ihrer Sitze. „Wenn die neuen Wucherzölle eingeführt werden“, sagte Liebknecht, „so wird niemand mehr das teure Brot bezahlen können.“ — da wurden die neuen Zölle einge- führt und das Brot wurde so billig, wie es nie gewesen war. „Wählt keinen von den Ordnungsparteien“, sagten die Sozial- demokraten 1907, „sonst kommt das Pfund Fleisch bald auf 3 Mk. zu stehen.“ — Aber das Volk wählte doch Bürgerliche: da sanken die Schweinepreise von 75 auf 45 Mk. „Das deutsche Volk verarmt an Unterernährung“, sagten die sozialdemokratischen Volksbeglückter — da stieg der Fleischverbrauch in Deutschland von 25 auf 52 Kilogramm auf Kopf und Jahr und war fast doppelt so hoch wie in Schweden, Belgien und Dänemark.“

Danach muß man doch wirklich zweifeln, ob diese Äußerun- gen nicht am Ende sich noch ändern, wenn sie sagen: „Wir sind die einzigen Vertreter der Aufklärung und des Fortschritts.“

Die „Kreuzzeitung“ stand bei manchen Leuten noch von altersher in dem Ruf, daß sie aus eigenem etwas leiste. An diesem Ruf muß ihr, wenigstens soweit der Ordnungskampf in Betracht kommt, nicht allzuviel gelegen sein, denn selbst die von ihr gewiß als besonders giftig hervorgehobene Schluß- bemerkung ist nicht ihr geistiges Eigentum, sondern stand mit denselben Worten schon vor bald zehn Monaten in der arbeiter- feindlichen Presse zu lesen.

Es ist keine angenehme Aufgabe für ein sozialdemokratisches Blatt, derartige Gebrechlichkeiten staatsförmiger Intelligenz immer von neuem wieder bloßstellen zu müssen. Aber es hilft einmal nicht: und wenn wir uns die Mühe nehmen, aber- mals auf die sozialdemokratischen Albernheiten einzugehen, so ge- schieht es in aufrichtigem Mitleid mit den konserverbieten Stumpf- sinnen.

Also zum ersten: Der Kladderadatsch. Wir wissen gar nicht, wo Bebel im Jahre 1875 den Kladderadatsch prophezeit hat, aber uns will folgendes bedünken: Wenn im Jahre 1875 ein bürger- licher Politiker sich schlafen gelegt hätte und heute wieder auf-

stände, dann würde er die Hände über dem Kopfe zusammen- schlagen ob der Entwicklung, die die Welt seitdem im Sinne sozia- listischer „Prophezeiungen“ genommen hat. Im Jahre 1875 war schon die kapitalistische Kultur zwerghaft gegen die heutige; wenn aber damals jemand gesagt hätte, daß heute mehr denn zwei Millionen Arbeiter gewerkschaftlich organisiert seien, und daß bei den Reichstagswahlen 1907 für die Sozialdemokratie rund 3 259 000 Stimmen abgegeben würden, dann hätte man den Propheten wahrscheinlich ins Irrenhaus gesperrt.

Damit erlebte sich auch die zweite angeblich falsche Prophe- zeie des Genossen Singer. Ein scharfer Gegner der Sozial- demokratie, mit dem wir oft die Klinge gekreuzt haben, Prof. Combari nämlich, sagt auf Seite 257 seines Buches „Sozialis- mus und soziale Bewegung“ über den Ausfall der Reichstags- wahlen von 1907:

„Der Erfolg war für die Sozialdemokratie so glänzend, wie er unter den schwierigsten Bedingungen des Kampfes nur sein konnte . . . Zum dritten: Die Wucherzölle. Man kann es nicht anders als ein Robeitzvergehen nennen, wenn das konser- vative Blatt von billigen Lebensmitteln fabelt zu einer Zeit, wo das Schweinefleisch nach den eigenen Mitteilungen der „Kreuz- zeitung“ vom 11. Juni 1909 im Großhandel bereits bis zu 65 Mk. pro Zentner im Preise hinaufgetrieben worden ist und wo für Brotgetreide ebenfalls nach den Notizen der „Kreuzzeitung“ vom selben Tage Wucherpreise von gemeingefährlicher und bis- her noch nicht dagewesener Höhe gefordert werden.“

Die arbeitende Bevölkerung möge es sich merken, daß zu einer Zeit, wo viele Rehtatende proletarier arbeitslos auf der Straße liegen und die übrigen hart unter der wirtschaftlichen Krise leiden, daß zu einer Zeit, wo eben dank der wucherischen Politik für Lebensmittel unerträgliche Hungernotpreise ge- fordert werden — daß zu einer solchen Zeit das führende Blatt der konserverbieten Partei die Bevölkerung mit der Freiheit verhöhnt, das Brot sei so billig geworden, wie es nie gewesen!

Die Sozialdemokratie ist es also nicht, die sich ihrer Prophe- zeien zu schämen hat. Wohl aber stellt der von der „Kreuz- zeitung“ im Kampfe gegen das Proletariat wieder aus Licht ge- zerrte Schwindel die Junterfreiheit derart bloß, daß auch dem blödesten Arbeiter die Augen aufgehen sollten.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Angst vor einer Auflösung des Reichstages haben auch die Freikonservativen, obwohl sie bereit sind, für die Erblichkeits- steuer zu stimmen. Die „Post“ weist in einem längeren Artikel nach, daß es sich im Falle einer Reichstagsauflösung im Wahl- kampfe weniger um die Erblichkeitssteuer drehen würde, als viel- mehr um die neuen Verbrauchssteuern. Bier, Schnaps und Tabak würden dabei im Mittelpunkt der Agitation stehen. Den Erfolg der Auflösung hätte voraussichtlich die Sozialdemokratie und deshalb müsse die Eventualität einer Reichstagsauflösung aus der Reihe der praktischen Tagesfragen völlig ausscheiden.

Hier wird offen eingestanden, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, auf welche sich das deutsche Volk verlassen kann. Nur dadurch, daß man dem Volke im Jahre 1907 Sand in die Augen streute, war es möglich, der Sozialdemokratie eine so große Zahl Mandate abzunehmen. Wenn aber, wie dies jetzt nach einer Reichstagsauflösung der Fall wäre, dem Volke klar werden muß, um was es sich eigentlich bei den Reichstagswahlen handelt: nämlich darum, ob die herrschenden Klassen ungehindert die Taschen der Massen ausräubern dürfen, da ist die Sozial- demokratie gewaltig im Vorteil. Deshalb die Angst der ein- blickenden staatsmännlich veranlagten bürgerlichen Parteien vor der Reichstagsauflösung, und nur deshalb die Bereitschaft über- haupt einer Erblichkeitssteuer zuzustimmen! Hoffen wir, daß die Bemühungen der „Post“, eine Reichstagsauflösung zu ver- hindern, ohne Erfolg bleiben.

Nationalliberale Wahlvorbereitungen. Die von uns gestern mitgeteilte Nachricht, daß die Nationalliberalen der Provinz Hannover in einer Konferenz ihre Wahlvorbereitungen bereits getroffen haben, wird jetzt durch einen Bericht der „National- zeitung“ über jene Versammlung bestätigt. Abg. Baffermann hielt das einleitende Referat und betonte, daß eine Spaltung der Nationalliberalen in den Steuerfragen vollständig ausge- schlossen sei. Es bleibe weiter nichts übrig im Falle der Ab- lehnung der Urbanallsteuer als die Auflösung des Reichstages oder der Rücktritt des Fürsten Bismarck. Die nationalliberale Reichstagsfraktion sei für den Entscheidungskampf gerüstet, und sie halte die Chancen bei einer Auflösung des Reichstages für sehr günstig. Der Kampf der hannoverschen Nationalliberalen müsse vor allen Dingen gegen den Bund der Landwirte geführt werden. Eine kurze Resolution, die sich mit den Ausführungen Baffermanns deckte, wurde angenommen. — So ausführlich, wie die Nationalliberalen einen Wahlkampf speziell in der Provinz Hannover halten, dürfte er nun allerdings nicht sein. Die bisher dort gewählten nationalliberalen Abgeordneten waren fast durchweg stark agrarisch gerichtet, und wer die Agitation der Bahn und Moosde kennt, ist sich wohl kaum darüber im Zweifel, daß den Nationalliberalen die bäuerlichen Stimmen zum größten Teil verloren gehen würden. Der von den Nationalliberalen proklamierte Kampf gegen den Bund der Landwirte entpuppt sich gar nicht nationalliberalem Kampfesmut, sondern beruht auf dem einfachen Gebot der Abwehr, weil die Wähler schon bei den letzten Wahlen und noch mehr nach den Wahlen bestrahlt waren, die Nationalliberalen aus ihrem Besitzstand in der Provinz Hannover zu verdrängen.

Protest des deutschen Handelslages. Die Steuer- und Zoll- kommission des deutschen Handelslages wird am 23. Juni zu einer Sitzung zusammentreten, in der über die neuen Steuern verhandelt werden soll. Der Präsident des Handelslages hat die Mitglieder eingeladen mit dem Hinweis darauf, daß die fort- währende Bevorratung der Landwirtschaft in den weitesten Kreisen tiefe Erbitterung ausgelöst hat. Industrie und Handel können im Reichstage nicht zu ihrem Rechte gelangen, wenn sich die Abgeordneten nicht als Vertreter des ganzen Volkes, sondern nur als Vertreter bestimmter Interessen betrachten.

Delegiertentag der deutschen bürgerlichen Presse. Am Sonntag wurde in Breslau die 16. Delegierten-Versammlung des Verbandes deutscher Journalisten und Schriftsteller eröffnet. Der erste Gegenstand der Tagesordnung betraf die Schaffung einer Zentralorganisation der Journalisten und Schriftsteller

für ganz Deutschland. Ein Antrag des Vereins „Berliner Presse“ verlangte die Bildung einer alle Teile des Reiches umfassenden Organisation, die geeignet ist, die wirtschaftlichen und beruflichen Interessen des Standes nachdrücklich zu vertreten. Nach langer Debatte wurde eine Kommission eingesetzt, die den Auftrag bekam, eine Vorlage über Schaffung einer großen Berufsorganisation im Sinne des Berliner Antrages auszuarbeiten.

Paul Rauterkamp. Der frühere Landtags- und Reichstagsabgeordnete, langjährige Vorsteher der Berliner Stadtverordneten und Ehrenbürger der Stadt Berlin, Dr. Paul Rauterkamp, ist Montag früh im 90. Lebensjahre an den Folgen einer Operation verstorben. Mit dem Verstorbenen sinkt einer der wenigen wirklich liberalen Männer ins Grab, die das deutsche Bürgertum heute noch aufzuweisen hat. Ihm war der Liberalismus keineswegs eine hohle Phrase, vielmehr war er bestrebt, wirklich liberalen Gedanken überall zum Durchbruch zu verhelfen. Seine politische Wirksamkeit und auch die Art, wie er die Geschäfte des Berliner Stadtverordnetenkollegiums leitete, müssen auch dem politischen Gegner volle Achtung abringen.

Bündnis zwischen Zentrum und Konservativen. Wie bestimmt versichert wird, hat das Zentrum mit den Konservativen eine förmliche Vereinbarung getroffen, wonach das Zentrum in der Frage der Erbschaftsteuer den Fraktionszwang durchzuführen wird. Ob auch die Konservativen bestimmte Verpflichtungen eingegangen sind, ist nicht bekannt. Ist es aber der Fall, so kann ihre ganze Haltung nur als persönliche Gegnerschaft gegen den Reichstag mit dem Endziel seines Rücktritts aufgefaßt werden. Den Konservativen wird zugeredet, sich einmal über das Bündnis auszusprechen, damit man auf liberaler Seite die Gewißheit hat, daß alle Verständlichkeitsversuche zwecklos sind.

Prozeß Eulenburg. München, 21. Juni. Wie die „Münch. Post“ meldet, ist die Berliner Witterung, wonach die Zeugen im Eulenburgprozeß, Bürgermeister Ernst und Wilschbacher, eine Vorladung für den neuen Termin am 6. Juli erhalten haben, unrichtig.

So geht's einem Arbeiter. Im Dezember vorigen Jahres hat das Schöffengericht in Marktnkirchen einen Arbeiter von der Anklage freigesprochen, die dahin ging, daß er das Vereins- und Versammlungsgesetz übertreten habe. Die notwendigen baren Auslagen sollten ihm erstattet werden. Der Freigesprochene hatte eine Anzahl Arbeitsstunden veräumt und verlangte nun dafür, sowie für vorausgegebene Porto Entschädigung. Das Gericht erließ einen Bescheid, wonach dem Freigesprochenen fünf Pfennig zugesprochen wurden. Verlangt hatte er 3,84 M. Verdienentgang, 5 Pf. für Porto, ferner 60 Pf. für Verhinderung auf den Bezirksleiter in Dresden und den Hauptverhandlung in Stuttgart über den Ausgang der Sache. Diese letztere Anklage wurde als eine notwendige nicht anerkannt, ebenso nicht die Entschädigung für Zeitervermeidung, so daß ihm nur die fünf Pfennig erstet werden.

Zur Lehrerverfolgung in der Republik Bremen. Die Behörde hat in der Anklageschrift gegen Holzmeier die Zahl der ihm zur Last gelegten Vergehen noch um eine vermehrt. Die an die Behörde gerichtete Verteidigungsschrift Holzmeiers ist von den bürgerlichen „Bremser Nachrichten“ im Auszuge und von unserer Bremer Parteiblätter vollständig gebracht worden. In dieser Verteidigungsschrift, in der Holzmeier der Behörde ausmantielt, daß auch dem Beamten die Staatsbürgerrechte uneingeschränkt eingeräumt werden müssen, soll er das „Verhalten der Behörde gegenüber dem bremischen Lehrervereine einer unzulässigen Kritik unterzogen und die Stellung der ihm vorgelegten Schulordnungen herabgesetzt“ haben. Nach erstattetem Bericht der Justizkommission, so heißt es in der neuesten Anklageschrift gegen Holzmeier, ist der Senat der Aufassung, daß Holzmeier, indem er öffentlich in der Presse seine Verteidigung in der angegebenen Weise zu führen sucht, wobei besonders ins Gewicht fällt, daß er sich des Organs der sozialdemokratischen Partei bedient, das nach seiner Tendenz die bestehende Staatsordnung grundsätzlich angreift und bekämpft, sich einer weiteren Verletzung seiner Beamtenpflicht schuldig gemacht hat. Der Senat beschließt daher, daß durch Beschluß vom 11. Mai gegen den Lehrer J. W. A. Holzmeier ergriffene Disziplinarverfahren auf die angeführte Handlung des Beschuldigten ausgedehnt wird.

Dieser Senatsbescheid datiert vom 1. Juni d. J. In der letzten, außerordentlichen Generalversammlung des Bremer Lehrervereins, die Mittwoch stattfand, wurde er von Holzmeier den verammelten Lehrern bekannt gegeben.

Der Rückgang der Reichseinnahmen.

Nach der endgültigen Zusammenstellung der hauptsächlichsten Einnahmen des Reiches haben sich die Verhältnisse ein wenig besser gestaltet als aus der vorläufigen Uebersicht zu ersehen war. Es sind 14 Millionen Mark mehr eingegangen, als die vorläufige Zusammenstellung erkennen ließ. An dieser Steigerung vornehmlich beteiligt sind die Zölle mit 4,82, der Verbrauchssteuer mit 3,45, die Brauksteuer mit 2,99, die Reichsbahnsteuer mit 2,30, die Erbschaftsteuer mit 0,82 und der Personenfahrzeugsteuer mit 0,81 Millionen Mark. Trotz dieser Zunahme hat der Ausfall der Einnahmen gegenüber dem Etatsanschlag noch über 165 Millionen Mark betragen. An diesem Manko sind allein die Zölle mit 121 Millionen Mark beteiligt, da sie nur 545,96 Millionen Mark eingebracht haben, während der Etat eine Einnahme von 666,97 Millionen Mark vorsieht. Den zweitgrößten Ausfall hat die Post- und Telegraphenverwaltung aufzuweisen, aus der nur 623,38 Millionen Mark eingenommen sind gegen 644,15 Millionen Mark im Etatsanschlag, also 20,77 Millionen Mark zu wenig. Dann folgt die Erbschaftsteuer, die statt der erhofften 42 Millionen Mark nur 30,8 Millionen Mark ergeben hat, so daß der Ausfall fast 12 Millionen Mark beträgt. Ferner liegt die Einnahme unter dem Etatsanschlag bei der Reichsbahn um 9,05, beim Personenfahrzeugsteuer um 5,06, bei der Brauksteuer um 4,22, bei der Verbrauchssteuer um 2,62, bei der Zantemeier um 2,53, beim Frachtfuhrwesen um 1,57, bei der Vorfahrtsteuer um 1,30 (wobei 1,01 Millionen Mark auf den Kaufstempel entfallen), bei der Tabaksteuer um 0,48 und beim Automobilstempel um 0,98 Millionen Mark. Im ganzen betrug hiernach der Ausfall 150,80 Millionen Mark, denen Mehreinnahmen aus einzelnen Steuern in Höhe von 15,19 Millionen Mark gegenüberstehen. Den größten Ueberschuß hat die Reichsbahnsteuer ergeben, aus der 13,08 Millionen Mark eingenommen sind, während der Etat nur 8,60 Millionen Mark vorsieht, dann folgen der Stempel von Privatlotterien mit einem Mehr über den Etatsanschlag von 2,87 Millionen Mark, die Zundersteuer mit 2,65, die Brennsteuer mit 2,47, die Zigarettensteuer mit 1,29, die Salzsteuer mit 0,50, die Wechselstempelsteuer mit 0,45, die Spielartensteuer mit 0,28, der Staatslotteriestempel mit 0,21, die Schaumweinsteuer mit 0,03 und die statistische Gebühr mit 0,01 Millionen Mark. Abgesehen von den Zöllen und Einnahmen der Verkehrssteuern sind es also hauptsächlich wieder die sogenannten neuen Steuern, die trotz ihrer zum Teil sehr wesentlichen Herabsetzung im Etatsanschlag einen Ausfall ergeben haben. Dieser Ausfall beträgt nahezu 20 Millionen Mark.

Zentrum und Abonnementversicherung.

Bei der vorjährigen Etatsdebatte interpellierte der Zentrumsgesandte Giesberts im Reichstage die Regierung, ob etwas gegen die „Arbeitslosen der Abonnementversicherung“ geplant sei, die der Redner als „eine Spekulation auf die Dummheit der Massen“ bezeichnete. Am 13. Februar dieses Jahres schritt der Zentrumsgesandte Marcor die Frage im Reichstage wiederum an; er sprach sich, wie die Zentrumspresse berichtet, in „ungemein scharfer Weise“ gegen diese unständigen Unternehmungen aus; ein völliges Verbot liege im Interesse der Volkswirtschaft. Das Zentrum brachte dann eine Resolution ein, die das Verbot der Verquickung von Zeitungen und Zeitschriften mit Versicherungen irgendwelcher Art verlangt. Der

Reichstag beschloß, erst die Erhebungen abzuwarten, die vom Regierungsausschuß aus verprochen wurden. Den scharfen Attacken gegen jenen Unfug und Schwindel gegenüber ist die Tatsache, daß die Abonnementversicherung gerade unter der Zentrumspresse verbreitet ist, wieder eine Bestätigung der doppelten literalen Moral. Den „Schwindel“ treiben u. a. auch Zentrumsbüchler in Dortmund, St. Johann-Saarbrücken, M. Glabach, München. Das schändliche aber ist, daß, wie sich jetzt herausstellt, das Blatt der Herren Wachen in Köln, der bekannten Zentrumsführer, die Abonnementversicherung ebenfalls eingeführt hat.

Vor uns liegt eine Rundgebung des Vorstandes des katholischen Beamtenvereins in Köln, worin mitgeteilt wird, daß die Unterstützung der Hinterbliebenen verstorbener Mitglieder, die den Kölner „Totalanzeiger“ durch den Verein beziehen, für das Vereinsjahr 1909/10 auf 30 Pf. festgesetzt ist; außerdem zahlt der Verein noch 20 Pf. aus seiner Kasse hinzu. Weiter heißt es in der Mitteilung, daß die Unterstützung nur dann gezahlt werde, wenn das Mitglied das genannte Blatt mindestens sechs Monate durch den Verein bezogen hat. Der Anspruch fällt weg, wenn das Blatt einen Monat nicht mehr bezogen wird, oder wenn die Zahl der beziehenden Mitglieder unter laufend herabsinkt, weil dann der Verlag sich nicht mehr bereit erklärt, eine Vergütung zu „gewähren“.

Obne Zweifel hat der Verlag mit anderen katholischen Vereinen ähnliche Abmachungen, die den Reden der Zentrumskreise aus brutalste in das Gesicht schlagen.

500 Millionen Erbschaftsteuervertrag!

In dem erst in einigen Monaten zur Ausgabe gelangenden Bande des von Geheimrat Prof. Schanz, Würtemberg, herausgegebenen, bei Cotta, Stuttgart, erscheinenden „Finanzarchiv“ wird eine Arbeit von H. C. May veröffentlicht werden, deren Hauptergebnis, in Anbetracht ihres Interesses für die Allgemeinheit, mit Erlaubnis des Herausgebers und Verlegers, schon jetzt bekannt gegeben werden. In dieser Arbeit berechnet May die „Durchschnittsbetragung der Erbschaften in Deutschland, England und Frankreich“ — was im Augenblick noch mehr interessiert dürfte als diese — den „Ertrag der deutschen Erbschaften bei Anwendung der neuen englischen Nachlass- und Erbschaftsteuern“, und kommt dabei zu folgendem Resultat:

Bei der Anwendung der neuen englischen Steuerföhe auf die deutschen Erbschaften würden diese ergeben: 1. An Nachlasssteuer 305 Millionen Mark (wenn nur die Vermögen über 20 000 Mark herangezogen werden, „nur“ 250 Millionen). Der Aufschlag von 2 Prozent für ideommissarisch festgelegte Vermögen ist in den 305 beziehungsweise 250 Millionen noch nicht enthalten. 2. An Nachlass- und Erbschaftsteuer zusammen 429 Millionen Mark, und wenn die Größe der Vermögen in der Mitte liegt zwischen Wagn, auf Basis der preussischen Erbschaftsteuerveranlagung ermittelten Zahlen, und der 142 Milliarden, die Professor Hans Delbrück im Aprilheft der „Preussischen Jahrbücher“ für Preußen herausgerechnet: 506 Millionen Mark.

Alle vorstehenden Summen sind berechnet für das Jahr 1910, wie jederzeit die Berechnungen des Regierungsentwurfs für die Nachlasssteuer, welche die deutschen Verhältnisse mit durchschnittlich 1,82 Prozent belastet haben würde, und einschließlich der bisherigen Erbschaftsteuern in den Bundesstaaten mit 2,59 Prozent gegen 9,36 Prozent, mit denen nach den neuen englischen Nachlass- und Erbschaftsteuern die englischen Verhältnisse durchschnittlich belastet werden.

Eine Reichserbschaftsteuer, welche außer den bisherigen 40 Millionen (Reichs- und Bundesstaatssteuern) noch 100 Millionen gebracht haben würde, würde die deutschen Erbschaften, mit ersteren zusammen mit 3,3 Prozent belasten, rund $\frac{1}{3}$ des französischen Satzes der Erbschaftsbelastung, rund ein Drittel der künftigen englischen.

Am Schlusse seiner Berechnungen sagt May: „Das Resultat dieser Untersuchung, bei der selbstredend auch nicht ein Deimalbruch einer Idee oder einem Wunsche zuliebe gestaltet worden ist, hat den Verfasser selbst überfallen, und diese Ueberzeugung wird wohl allgemein sein. Gerade aber darum kann er nicht umhin, dem Gefühle der Beschränkung darüber Ausdruck zu geben, das ihn angesichts der Tatsache erfüllt, daß das grobe, reiche Volk, dem er angehört, nicht einmal den Opfermut besitzt, von seinem Reichtum der Allgemeinheit verhältnismäßig auch nur den fünften Teil dessen zu opfern, was die englische Nation an seiner Stelle ohne Zaudern auf den Altar des Vaterlandes niedergelegt hat.“

Die Resultate der May'schen Untersuchungen sind wohl geeignet, den Schaden ins rechte Licht zu stellen, den die Ablehnung des am 15. Juni dem Reichstag von der Regierung vorgelegten Gesetzes, betr. Änderung des Erbschaftsteuergesetzes für die deutsche Volkswirtschaft, im Gefolge haben würde, und den die Ablehnung des am 3. November 1908 dem Reichstag vorgelegten Nachlasssteuergesetzes bereits begünstigt hat. Denn zweifellos würden die sogenannten „Erbschaften“ durch Verteuerung der Waren und Mieten einerseits (Versteigerung der Feuerversicherung und Grundstücksübertragung) und Verteuerung des Zinsfußes andererseits (Erhöhung der Barzinszentralisation in den Banken und der Reichsbank durch den Scheckstempel) ebenso lebensvertenernd für die Massen, wie die indirekten Steuern. Diese Belastung und Versteigerung hätte schon durch eine ganz geringe Erhöhung der Erbschaftsteuerföhe vermieden werden können. Aber vielleicht wird die Mahnung, die Rüst Wilow am 16. Juni im Reichstag an die Konservativen richtete, schon in nicht allzu ferner Zeit Wirklichkeit: „Ihr „Unannehmbar“ würde die Erbschaftsteuer vielleicht in diesem Augenblicke zu Fall bringen, für die Zukunft aber nur neuen Erbschaftsteuern den Weg bahnen, die ohne und gegen Sie zustande kommen und Ihre Ideen und Gesichtspunkte weniger berücksichtigen werden.“

Frankreich.

ac. Steuerprojekte. Der Finanzminister Caillaux hat soeben mit großer Verpöhung das Budget von 1910 vorgelegt. Die Begründung beginnt mit dem offenen Zugeständnis, daß auch Frankreich wie alle anderen Militärlätern in Finanzschwierigkeiten gerät. Über der französischen Finanzminister sieht in der direkten Besteuerung des Einkommens und des Kapitals die geeigneten Quellen für die notwendigen Staatsmittel. Das vorhandene Defizit von 105 Millionen Franken hat er auf 60 Mill. Franken herabdrücken können. Diese 60 Millionen sollen zum Teil aufgebracht werden durch eine Steuer auf Petroleum für die Automobile, Einführung einer staatlichen Steuer auf Hunde, wamentlich Jagdhunde, in der Hauptsache aber durch Erhöhung der Einkommensteuer. Nun werden aber weitere 100—120 Mill. Franken zur Durchführung der sozialen Reformen gebraucht. Diese will sich der Finanzminister Caillaux durch eine Erhöhung der Erbschaftsteuer verschaffen. Dabei ist die französische Erbschaftsteuer bekanntlich schon jetzt bedeutend höher, als die, welche für Deutschland geplant ist. „Le Temps“, das Organ der Großbourgeoisie kritisiert denn auch die Projekte des Finanzministers in sehr scharfer Weise.

Serbien.

Der Kampf gegen den Brinzen Georg. Belgrad, 21. Juni. König Peter hat den Hauptverführern, dem Exminister Gencie und dem Obersten Majchin je 100 000 Franken, wenn sie Serbien sofort aus dem Lande verlassen. Dieses Angebot des Königs ist durch den bekannten schweren Konflikt veranlaßt worden, in den Prinz Georg mit der Verschönerpartei geraten ist. Exminister Gencie und Oberst Majchin machten aber von dem Anerbieten des Königs einer Verklammerung der Verschöner, welche vorgeföhren in der Villa des Exministers Gencie in Topitschko statt, Mitteilung. Alle Verschöner beschloßen, dieses Anerbieten des Königs zurückzuweisen und den Kampf gegen den Brinzen Georg fortzusetzen.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

• Bielefeld, 22. Juni

— **Deutscher Metallarbeiterverband.** Um die verschiedenen Anträgen bez. des „Wochenscheides“ zu beantworten, möchten wir mitteilen, daß die Ausgabe desselben am Mittwochabend auf dem Bureau erfolgt.

Die Vertrauensleute werden ersucht, sich am Sonntag morgen um 9 Uhr auf dem Ohlenberge einzufinden zu wollen. Jeder Kollege, gleichviel welcher Kommission er zugeteilt ist, hat anwesend zu sein, da noch verschiedene Dinge geregelt werden müssen. Gleichzeitig möchten wir bitten, daß noch bis zum Tage des Stiftungsfestes für einen regen Vertrieb der Eintrittskarten gesorgt wird. Es darf wohl erwartet werden, daß ein noch starker Besuch wie in früheren Jahren trotz der schlechten Konjunktur erfolgt, da die einzelnen Feitkommissionen alles daran setzen werden, um ein gutes Gelingen des Festes zu gewährleisten.

— **Ist es ratsam, Kindern geistige Getränke zu geben, oder nicht?** Darüber besteht immer noch bei vielen Eltern und sonstigen Erziehern Unklarheit. Eine maßgebende und wissenschaftlich zuverlässige Stelle, der niemand Parteilichkeit nach der einen oder nach der anderen Seite vorwerfen wird, hat darüber neuestens hübsig und klar ihr Gutachten abgegeben, das Reichsgesundheitsamt in seinem „Gesundheitsbüchlein“, das einen längeren Abschnitt über die alkoholischen Getränke enthält (neueste Auflage von 1908): „Für Kinder ist der Alkohol ein schlimmes Gift; Bier, Wein, und namentlich Branntwein sollte man Kindern bis zum Ablauf der Entwicklungszeit (14. bis 16. Lebensjahr) überhaupt nicht geben.“ Sehr beachtenswert ist auch die unmittebar vorangehende Stelle: „Vorwiegend v. Jünglingsalter ist es, daß Trunkucht der Eltern nur allzu häufig eine schädliche, geistig wie körperlich minderwertige Nachkommenchaft zur Folge hat, deren Entwicklung oft noch durch Vernachlässigung der Pflege und Erziehung ungünstig beeinflusst wird.“

— **Vielefelder Sommertheater.** Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: „Auf die heutige Erstaufführung der witzig-satirischen Lustspiel-Parodie „Der Dummkopf“ aus der Feder des anerkannt besten Lustspielbüchlers Ludwig Fulda machen wir hiermit aufmerksam. — Um vielen telephonischen und persönlichen Anfragen entgegenzukommen, steht sich die Direktion veranlaßt, das bereits vom Spielplan abgetheilte, mit beispiellosem Erfolge aufgeführte C. Schuler'sche Schauspiel „Staatsanwalt Alexander“ am Mittwoch noch einmal und zwar zum 5. Male zur Aufführung zu bringen.“

— **Sagen des Raubtieres.** Die gestrige Vorstellung war sehr gut besucht; der Erlös war fast ausverkauft. Morgen finden zwei Vorstellungen statt. Lobend ist auch ein Besuch der Menagerie, die am Vormittag dem Publikum zugänglich ist. Von besonderem Interesse ist da die große Zahl der verschiedenartigen Bonns, die dort zu sehen sind, z. B. ein sehr kleines, dafür aber desto reichlicher behaartes Schellendpö, ferner zwei Bären. Auch zwei kleine 10 und 12 Monate alte Elefanten sind da zu finden und viele andere lebenswerte Tiere.

— **Polizeibericht.** Schlägerei. Am 21. Juni, abends gegen 7½ Uhr, fand in der Gütersloherstraße vor der Wirtschaft S. eine Schlägerei statt, wobei zwei Personen erhebliche Verletzungen davon trugen. Der Haupttäter konnte heute morgen, als er im Gefängnis stand, abzureien, festgenommen werden. Gefangen: 1 Mordmord mit Seitenwunden, 1 altes Portemonnaie mit geringem Inhalt.

Verloren: 1 graues trofobillebernes Damenportemonnaie mit 3 M. Inhalt, 1 Handarbeit (Schifferei), 1 Ebenholzstod mit Silberneinlage, 1 wertvolle runde Granatbroche mit Anhänger, 1 gelbes Damenportemonnaie mit 13 bis 14 M. Inhalt, 1 altes braunes Herrenportemonnaie mit 55 M. Inhalt, ein rotes Damenportemonnaie mit 30 M. Inhalt, 1 schwarzleiderer Schal, 1 illustrierter Ausstellungskatalog von Salon-Paris.

Versammlungen.

Mittwoch, 23. Juni.
Bielefeld. Spz. Verein, 9. Bezirk. Abends 8½ Uhr, bei Verbrin.
— **Arbeiter-Abstinenz-Bund.** Abends 8½ Uhr in „Stadt Bielefeld“.
Detmold. Außerordentl. Sitzung des Gewerkschaftsrates mit den Vorständen der Gewerkschaften. Abends 8½ Uhr in der „Centralhalle“.

Die Konferenz des 5. Bundes des Deutschen Tabakarbeiterverbandes.

tagte am vorigen Sonntag im geschmackvoll decorierten „Kaisersaal“ in Bielefeld. Nachdem der Gauleiter Schlüter die kurz vor 10½ Uhr eröffnete hatte, wurden die Delegierten von dem Kollegen Krap-Blothe willkommen geheißen, und der Blotheer Arbeiter-Gesangsverein sang ein Begrüßungslied.

Die Konferenz wählte dann zu Vorstehenden Schlüter, Bielefeld und Vogländer-Ennigloh, zu Schriftführern Blanke-Osnabrück und Müller-Enger.
Hierauf wurde in die Beratungen eingetreten. Als erster Punkt steht auf der Tagesordnung: Der Landes-Minimaltarif für die Zigarinenindustrie, Referent ist G. Bielefeld, Mitglied des Verbandsvorstandes. Er führte ungefähr folgendes aus:

In den Jahren 1906 bis 1908 habe der Verband große Fortschritte, besonders in Westfalen, erzielt. Er habe aus gefestigt, wo die Lohn- und Arbeitsbedingungen unglaublich niedrige gewesen seien, und habe noch im vorigen Jahre einen Mehrverdienst von 1,13 Mark pro Kopf und Woche erreicht. Aber auch innerlich hat der Verband gefestigt, in der Hauptsache befinden sich ein Kassenbestand von über 200 000 Mark, ohne die Bestände in den einzelnen Zählstellen. Der Verband ist nach Ansicht des Vorstandes stark genug, um jetzt mit Abschlüssen von Tarifen vorzugehen, und zu diesem Zweck ist von ihm ein Minimaltarif ausgearbeitet worden, der die mindesten Forderungen festlegt, die ein solcher Tarif enthalten dürfte.

Redner kommt dann eingehend auf diesen Entwurf zu sprechen, den die „Vollmacht“ schon in Nr. 133 veröffentlicht hat. Er betont hierbei ganz besonders die Wichtigkeit der Verfestigung der Arbeitszeit, welche in der Forderung des 9½-stündigen Arbeitstages liegt, und zweitens des 5prozentigen Zuschlags für die Heimarbeiter. Die Abschaffung der Heimarbeiter zu verlangen, sei tatsächlich unmöglich; aber die Gerechtigkeit erfordere es, daß der Fabrikant die Heimarbeiter, bei welchen er sämtliche Fabrikantenkosten spare, auch höher entlohne.

Wir wissen wohl, daß es noch viele Orte gibt, auch in Westfalen, wo unter diesem Tarif gearbeitet wird. Natürlich darf mit Fabrikanten, welche diesen Tarif nicht anerkennen, kein Vertrag abgeschlossen werden, soll dies geschehen, müssen sie auch auf allen ihren Filialen nach dem Tarif arbeiten lassen.

Die Anklagen über Tarifabschlüsse waren früher sehr geteilt. Viele waren der Ansicht, daß Tarifabschlüsse der Arbeiterbewegung den Kampfcharakter nähmen. Das hat sich als irrig herausgestellt, es sind auch bisher schon über 4000 Tarifabschlüsse zustande gekommen. Und ganz besonders wird, wenn, wie bei unserem vorgelassen ist, die Tarifdauer nur ein Jahr beträgt, bei den alle Jahre sich wiederholenden Verhandlungen regelmäßig der Kampf um weitere Verbesserungen einziehen.

Der Tarifabschluß ist die Anerkennung der Solidarität der Arbeiter. Ein Abschlus ist nicht. Als letztes Ziel müssen wir die Freiheit der Arbeit anstreben. Aber der Tarifabschluß ist eine Station auf dem Wege zu ihr. Natürlich würden für den Kautab und die Zigaretten Tarife nachfolgen.

Es erfolgte zunächst der Bericht der Mandatsprüfungskommission. Es sind 31 Zählstellen durch je 1, 8 durch je 2, 8 durch je 3 und 1 durch 6 Delegierte vertreten, in Summa 48 Zählstellen durch 77 Delegierte. Sämtliche Mandate wurden für gültig erklärt.

Runmehr wurde in Schmitz-Societ... Festlegung der Organ... festlegenunterstützung... der nunmehr beginn... vertragen werden. D... Fabrikanten so viel... auch für die Sortier... bemängelt Redner die... rütern und Juristen... 1,75. Das sei viel zu... Schmitz-Societ... hält besonders die For... weil der Mangel an... Weib und Kind nötig... Hierauf trat die W... Wort

Schlüter-Bielefeld... die Möglichkeit, unse... zu lassen. Bisher un... arbeiterfeindlich sind... Vertrauensmann aus... Arbeiter, und dann je... sierten Arbeitern ab... durch den Genossen C... Tarifverträgen ander... sein Platz mehr in de... sein Konsumverein, der... bewegung steht, von ei... den Tarif abschließen... stürzlichen Meinung a... einzelnen Zählstellen d... Bereich arbeitenden Z... gelungen, für Bielefel... hat sich nun herausge... welche in Elberfeld... Arbeiter im Deutschen... Hieraus allein ergibt... Firmen ist.

Müller-Enger... sieht, daß dieser erit... erklämpft werden muß... des Verbandes als auf... durch diese könne nur... ausgedrückt werden, die...

Schlüter-Ennigloh... die Verfestigung der... durch die Arbeiter selb... auf die Heimarbeiter... ist es noch zu früh im... so wichtig sie gewiß sind... Fabrikanten, sondern a... fassen haben, zu Tarife... Ausbau der Organisa... vereine wenig. Da ist... richtung möglicherwe... Weiler-Beiental... ist aber gegen den Unt... Forderung der 9½stün... Lohnaufschlag jetzt no... liche Lohnzahlung auf...

Schumann-Stra... Bielefeld... Arbeitszeit inklusive 9... 10stündige Arbeitszeit... Schütte-Dorling... Tarif aus.

Schumann-Biele... Anwesenden keine, nie... Wichtigkeit der Verfesti... gewiss ist Verfestigung... besserung, weil durch... führung der Arbeitszei... geführt oder nach sich g... Aufnahme der Forderung... Minimaltarif allgemein... nur aus dem Verstreben... schluss von Tarifabschlü... mit dem 5prozentigen V... sehr richtig, in der Pra... beiter selbst werden sic... immer billiger bezahlt i... Marx schon im Kapital... leit her, wir führen hie... den Ausfall gibt, und... die mit dem wirtschaftl... der Tarifvertrag, der i... ist, müßte ja hiernach a... hier in Westfalen zula... Arbeitszeitverfestigung... Seimarbeiter getriden w... Es sprachen dann n... Beda, Bartling... G. Bielefeld-Bremen... Schluswort führt G. B... geschlossen werden wi... forderungen darin erre... erande könnten nur solch... Forderungen des Mini...

Es werden hierauf... zahlung, die Differenz... Nauchtaballöhne und die... zur Erwägung überwie... Ferner wird einstim... „Die Konferenz stellt... den Boden des Landes... verhältnissen entsprechen... Abweichungen vorgenom... Es folgt nunmehr P... Arbeitsnachweisbureau... Bielefeld, führte hierz... daß die modernen Ver... lung eine gute Organi... beizurmittlung, wie sic... iont leicht verderblich... kann das Umjohuen zu... Den Arbeiter aber treiz... zum Landstreicherum, z... hilflos mit seinem einzi... von Arbeit zu Arbeit... Verhältnisse. Aber auch... in den Betungen teuer... Auf eine verlangte Arb... Personen, bei „Christliche... der vielen Bielefeld nicht... des Arbeitnehmers ist d... bracht. Wieviel unnötig... Schreibmaterial und Po... Arbeitnehmern.

Die private Stellenbe... trieben wird, mutet meiz... zu, geht auch oft direkt... reichlich dem Arbeitgeber... Wänschen des Arbeitgeber... Rechnung getragen, wäh... werbmäßigen Arbeitsn... werden meist sehr hohe... mitteilte muß hier öfter... Aber auch der Streiks... lichen Arbeitsnachweise... beitsnachweise lassen in...

die verschiedenen
arbeiten, mühen wir
schon abend auf dem

Sonntag morgen
wollen. Jeder
teilt sich, hat an-
geregt werden
bis zum Tage
Eintrittsfahrt
ein noch stärke-
schlechten Kon-
nen alles daran-
setzt zu gewähr-

ranke zu geben,
vielen Eltern
maggebende und
Parteilichkeit
werfen wird. hat
abgegeben, das
unbeteiligte",
lischen Getränke
ist der Alkohol
lich Branntwein
lungszeit (14. bis
beachtenswert ist
sonders v. d. Läng-
allzu häufig eine
Nachkommen-
durch Vernach-
beeinflusst wird."

teaterbureau wird
rung der wüh-
aus der Feder
da machen wir
gen und persön-
e Direktion ver-
mit beispiellosem
Staatsanwalt
zum 5. Male

Vorstellung war
kauf. Morgen
ein Besuch der
zugänglich ist.
erheblicheren
kleines, dafür
jetzt zwei Fe-
elefant sind

22. Juni, abends
vor der Wirt-
sonen erhebliche
ante heute mor-
werden. 1. altes
Porte-
enportemonnaie
1. Geboldest
rosche mit An-
14. Inhalt,
M. Inhalt, ein
schwarzeidener
Salon-Paris.

8 1/2 Uhr, bei
bends 8 1/2 Uhr
es Gewer-
ändern der
n der "Centrale
Deutschen

rierten Kaiser-
luter sie kurz
ierten von dem
nd der Blocher
n. Schlüter-
Schriftführer

en. Als erster
s-Minimaltarif
Bremen, Mit-
jahr folgendes
und große Fort-
abe aus geht
aublich niedrige
einen Mehr-
erreicht. Über
auptkaffe be-
Markt, ohne die
verband ist nach
mit Abschlüssen
st von ihm ein
mindestens For-
n dirie.

en. Entwurf zu
3 persönlich
ist erstens der
erung des 9 1/2-
prozentigen Br-
der Heimarbeit
e Gerechtigkeit
er, bei welchen
infolge.

uch in West-
Natürlich darf
nen, sein Ver-
nüssen sie auch
n lassen.
der sehr geteilt
der Arbeiter-
sich als irrig
Tarifabschlüsse
wenn, wie bei
ber beträgt, bei
gen regelmäßig

Solidarität der
es Ziel müssen
Tarifabschlüsse
würden für den
ndatsprüfungs-
8 durch 2
in Summa 48
mandate wurden

Nunmehr wurde in die Diskussion eingetreten:
Schlüter. Es ist der Ansicht, daß die innere und äußere
Festigung der Organisation eine Folge der Einführung der Ar-
beitslosenunterstützung sei. Genau in derselben Richtung werde
der nunmehr beginnende Kampf um Abschluß von Tarif-
verträgen wirken. Der Abschluß eines Tarifs müsse für die
Fabrikanten zu viel Wert haben wie eine Schutzmarke. Aber
auch für die Sortierer müßten Tarife vorgelesen werden. Dann
bemängelt Redner die Differenz in Nummer 3 zwischen Ju-
richtern und Juristinnen von 75 Btg. zwischen 2,25 und
1,75. Das sei viel zu hoch.

Schmuck-Lemgo ist ein Freund von Tarifverträgen und
hält besonders die Forderung der freien Zurechtung für wichtig,
weil der Mangel an dieser den Arbeiter zur Ausbeutung von
Weib und Kind nötigt.

Hierauf trat die Mittagspause ein. Nach dieser erhielt das
Wort

Schlüter-Bielefeld: Die Tarifverträge geben uns auch
die Möglichkeit, unsere Macht als Konsumenten mehr mitwirken
zu lassen. Bisher suchten sich Fabrikanten, welche durchaus
arbeiterfeindlich sind, irgendwo aus der Arbeiterpartei einen
Vertrauensmann aus, verführten diesem, sie seien Freunde der
Arbeiter, und dann setzten diese ihre Fabriken unter den organi-
sierten Arbeiter ab. So z. B. die Firma Haubrod-Bünde
durch den Genossen Gärtner-Dortmund. Das wird mit den
Tarifverträgen anders werden, da wird für solche Freibeuter
kein Platz mehr in der Arbeiterbewegung sein. Es wird doch
kein Konsumverein, der auf dem Boden der modernen Arbeiter-
bewegung steht, von einem Fabrikanten fernher laufen, der nicht
den Tarif abgeschlossen hätte, und das will schon etwas heißen.
Natürlich müssen wir bei dem Kampf auch möglichst durch die
öffentliche Meinung zu wirken suchen. Dann müssen in den
einzelnen Betrieben die Kollegen eine genaue Liste der in ihrem
Bereich arbeitenden Firmen aufstellen. Es ist uns z. B. gestern
gelungen, für Bielefeld einen Tarifvertrag abzuschließen. Da
hat sich nun herausgestellt, daß durch diesen die eine Firma,
welche in Elberfeld eine Filiale hat, verpflichtet wird, ihre
Arbeiter im Deutschen Tabakarbeiterverband zu organisieren.
Hieraus allein ergibt man, wie wichtig eine solche Statistik der
Firmen ist.

Müller-Enger ist für den Tarif, aber zugleich der An-
sicht, daß dieser erst in langwieriger Arbeit Position für Position
erlangt werden muß. Er legt mehr Gewicht auf die Stärkung
des Verbandes als auf die Hilfe durch die Konsumvereine, denn
durch diese könne nur auf die kleinen Fabrikanten ein Druck
ausgeübt werden, die großen würden dadurch nicht getroffen.

Schlüter-Engel ist im Prinzip für den Tarif, aber für
die Verfürgung der Arbeitszeit steht es an der Unterstützung
durch die Arbeiter selbst, ebenso bei dem Spärgentigen Zuschlag
auf die Heimarbeit. Für die Aufstellung dieser Forderungen
ist es noch zu früh im Tabakgewerbe, speziell hier in Westfalen,
so wichtig sie gewiß sind. Es gilt doch, nicht nur mit den kleinen
Fabrikanten, sondern auch mit den großen, wie wir sie in Bünde
sagen haben, zu Tarifabschlüssen zu kommen. Und da ist der
Ausbau der Organisation notwendig, da helfen die Konsum-
vereine wenig. Da ist auch noch die Forderung der freien Zu-
richtung möglicherweise vertrieht.

Schlüter-Weienkamp spricht sich für Tarifabschlüsse aus,
ist aber gegen den Unterschied in Punkt 3. Ferner hält er die
Forderung der 9 1/2stündigen Arbeitszeit und des Spärgentigen
Zuschlages sehr hoch, nicht für möglich, will dagegen wöchent-
liche Lohnzahlung aufgenommen wissen.

Schumann-Kirchenger ist derselben Meinung.
Wehren-Bielefeld erklärt, sie hätten in ihrem Tarif als
Arbeitszeit inklusive Pausen die Zeit von 7 bis 7 festgesetzt, also
10stündige Arbeitszeit.

Schlüter-Derlinghausen spricht sich sympathisch für den
Tarif aus.

Schumann-Bielefeld erklärt, daß, so weit wie er die hier
Anwesenden kenne, niemand unter ihnen sei, der nicht von der
Wichtigkeit der Verfürgung der Arbeitszeit überzeugt sei. Ganz
gewiß ist Verfürgung der Arbeitszeit wichtiger als Lohnauf-
besserung, weil durch die Erhaltung festgesetzt ist, daß Ver-
fürgung der Arbeitszeit stets Aufbesserung der Löhne mit sich
geführt oder nach sich gezogen hat. Wenn also trotzdem hier die
Aufnahme der Forderung der 9 1/2stündigen Arbeitszeit in den
Minimaltarif allgemein als unmöglich bezeichnet wird, dann
nur aus dem Willen heraus, daß es auch wirklich zum Ab-
schluß von Tarifabschlüssen kommen soll. Ebenso verhält es sich
mit dem Spärgentigen Zuschlag auf Heimarbeit. Im Prinzip
sehr richtig, in der Praxis sehr noch unumsetzbar. Die Ar-
beiter selbst werden sich dagegen sträuben. Heimarbeit wird
immer billiger bezahlt wie die Arbeit in den Fabriken, das hat
Marx schon im Kapital festgesetzt. Gerechtigkeit hin, Gerechtig-
keit her, wir führen hier einen Kampf, wo wirtschaftliche Macht
den Ausschlag gibt, und da ist es falsch, Forderungen zu stellen,
die mit dem wirtschaftlichen Gesetz nicht in Einklang sind. Auch
der Tarifvertrag, der schon in Bielefeld abgeschlossen worden
ist, müßte ja hiernach annulliert werden. Sollen Tarifverträge
hier in Westfalen zustande kommen, so müssen Forderungen der
Arbeitszeitverfürgung und des Spärgentigen Zuschlages auf die
Heimarbeit gestrichen werden.

Es sprachen dann noch in der Diskussion Großhagen-
Rheda, Bartling-Süßlenger, Schlüter-Bielefeld,
Eberle-Bremen und Schumann-Bielefeld. In seinem
Schlußwort führt Eberle-Bremen aus, daß Tarife auch ab-
geschlossen werden würden, ohne daß sämtliche Minimal-
forderungen darin erreicht seien. Nur empfohlen vom Ver-
bande könnten nur solche Firmen werden, welche mindestens die
Forderungen des Minimaltarifs ausstünden hätten.

Es werden hierauf folgende 4 Punkte, die achtstündige Lohn-
zahlung, die Differenz der Zurechtung und Juristinnen, die
Nachzahlung der Löhne für die Sortierer dem Vorstand
zur Erwägung überwiesen.

Ferner wird einstimmig folgende Resolution angenommen:
"Die Konferenz stellt sich im Prinzip bei Tarifabschlüssen auf
den Boden des Landesminimaltarifs. Es sollen jedoch den Orts-
verbänden entsprekend mit Genehmigung des Vorstandes
Abweichungen vorgenommen werden können."

Es folgt nunmehr Punkt 2, Regulativ zur Errichtung von
Arbeitsnachweisbureaus. Der Referent, Kollege Schulz-
Bielefeld, führte hierzu aus: Es unterliegt wohl keinem Zweifel,
daß die modernen Verhältnisse in betreff der Arbeitsvermit-
tlung eine gute Organisation erfordern. Die unregelmäßige Ar-
beitsvermittlung, wie sie vornehmlich in der Form des sogen.
Umhauens stattfindet, führt zur Zeitvergeudung und hat auch
sonst leicht verwerbliche Wirkungen. Bei den Arbeiterinnen
kann das Umhauen zu schweren sittlichen Übelständen führen.
Der Arbeiter aber treibt die Umhauung wider seinen Willen
zum Landstreichertum, zur Bagabonage. Der Arbeiter muß
billig mit seinem einzigen Bestium — seiner Arbeitskraft —
von Redrit zu Redrit hantieren, ohne tatsächliche Kenntnisse der
Verhältnisse. Aber auch für den Arbeitgeber ist das Inzerieren
in den Zeitungen teuer, vielfach zweckwidrig und höchst lästig.
Auf eine verlangte Arbeitskraft melden sich häufig sehr viel
Personen, bei richtiger Meldung ist das Erörtern und Lesen
der vielen Briefe nicht minder belästigend. Auch im Interesse
des Arbeitnehmers ist das Inzerat des Arbeitgebers nicht ange-
bracht. Wieviel unnütze Gänge, welche Aufwendungen von
Schreibmaterial und Porto verurachen derartige Inzerate den
Arbeitnehmern.

Die private Stellenvermittlung, soweit sie gewerbmäßig be-
trieben wird, mutet meist den Arbeitnehmenden erhebliche Kosten
zu, geht auch oft direkt auf ihre Ausbeutung aus, während sie
treulich dem Arbeitgeber nicht selten sehr zu passe kommt. Den
Wünschen des Arbeitgebers wird häufig mit großer Sorgfalt
Rechnung getragen, während für den Arbeitnehmer diese ge-
werbmäßigen Arbeitsnachweise eine wahre Geißel sind. Es
werden meist sehr hohe Gebühren erhoben und der minder Be-
mittelte muß hier öfter hinter dem gut Bemittelten zurückbleiben.
Über auch bei Streiks und Aussperrungen können die gewerb-
lichen Arbeitsnachweise verwerblich für uns werden. Diese Ar-
beitsnachweise lassen in der Regel keinen Zweifel darüber, daß

sie jeden Streik ignorieren und ihre Tätigkeit unter allen Um-
ständen fortsetzen würden.

Auch die kommunalen Arbeitsnachweise sind nicht immer für
unsere Zwecke geeignet, da sie uns vielfach bei Streiks und Aus-
sperrungen ebenfalls hinderlich sind. In den meisten Statuten der
kommunalen Arbeitsnachweise wird dieser Punkt, wie das
Arbeitsnachweisbureau im Falle von Streiks oder Aussperrun-
gen zu fungieren habe, überhaupt nicht berührt. Der betreffende
Paragraf im Statut von Frankfurt a. M., welcher die Fassung
hatte: Bei Arbeitsentstellungen und Aussperrungen stellt die
städtische Arbeitsvermittlung ihre Tätigkeit für das beteiligte
Geschäft oder den beteiligten Arbeitszweig ein — ist von der
Regierung nicht genehmigt worden.

Es ist deshalb notwendig, daß wir von Verbands wegen den
Arbeitsnachweis organisieren und selbst die Arbeitsvermittlung
übernehmen. Wir sind dann sicher, daß bei der Arbeitsvermit-
tlung eine Bevorzugung nach keiner Seite hin vorkommt und
daß bei Streiks und Aussperrungen der Arbeitsnachweis uns
keinen Schaden zufügen kann. Redner erläuterte dann den
vom Verbandsvorstand vorgelegten Entwurf eines Regulativs
zur Errichtung von Arbeitsnachweisbureaus, wünschte an einigen
Stellen Veränderungen bezw. Verbesserungen und empfahl der
Konferenz zum Schluß, der Errichtung von Arbeitsnachweis-
bureaus von Verbands wegen ihre Zustimmung zu geben.

In der Diskussion wurden nur unwesentliche Bedenken ge-
tend gemacht. Diese wurden dann in der Resolution dem Vor-
stand überwießen. Hiermit war die Tagesordnung erschöpft und
Genosse Schlüter schloß die Konferenz mit einem begeistert
aufgenommenen Hoch auf den Deutschen Tabakarbeiterverband.

* Enger, 21. Juni. Stadterordnetenitzung.
Tagesordnung: 1. Wahl einer Kommission zur Vorprüfung der
Stadtsassenrechnung für 1908. 2. Antrag Jürging wegen Frei-
legung von Banterrain. 3. Umpflasterung der Brandstraße.
Zu 1 wird eine Kommission von drei Mitgliedern gewählt, be-
stehend aus den Stadtv. Seewitz, Blümer und Müller. — 2. Der
Alderbürger Jürging beabsichtigt durch sein Grundstück eine
Straße zu legen. Diese soll die Herforder (Rivitsweg) mit der
Seelbornstraße verbinden. Jürging verpflichtet sich, sobald die
Straße zur Hälfte angelegt ist, für die andere Hälfte die
Straßenbaukosten zu tragen, auch ist er bereit, Gassen und
Vorsteine sofort anzulegen. Die Stadterordnetenversammlung
stimmt dem Antrag zu. — Zu 3 wird beschlossen, die Um-
pflasterung im nächsten Jahre vorzunehmen. Ueber die Ab-
tretung der Grundstücke, Zurückführung der Mauer und Anlegung
des Trottoirs soll der Gemeindevorstand mit Gräfe und Kuhl-
mann verhandeln. Das Ergebnis der Verhandlungen soll der
Stadterordnetenversammlung näherer Beschlußfassung vorgelegt wer-
den. — Dem Antrag des Rectors Hieb auf Bewilligung von
25 Mk. zu Spielgeräten (Bau- und Kautschuk) wurde zugestimmt.
— Dem Antrag des Lehrers Seele, in das Gerbelche Wohnhaus
in Bödinghausen ziehen zu dürfen, wurde auf Widerruf ent-
sprochen. — In der Klage des Untmanns gegen die Stadt-
verwaltung betrefis des Nebentans der Stadtparke Schwa-
bischen hat der Kreisaußschuß zugunsten der Stadtverwaltung
entschieden. Schwabebissh wird beauftragt, gegen diese Ent-
scheidung beim Bezirksaußschuß Berufung zu erheben.

Sozialdemokratischer Verein für den Wahlkreis Bielefeld-Wiedenbrück.

Sonntag, 1. August, nachmittags 2 Uhr,
General-Versammlung
im Lokale des Herrn Lohmann, Schildescherstraße

- Tagesordnung:
1. Abrechnung des Kassierers.
 2. Bericht des Sekretärs und des Vorstandes.
 3. Bericht der Handelsgesellschaft der „Volkswacht“ und der
Brotkommission.
 4. Stellungnahme zum Parteitag in Leipzig:
a) Aenderung des Organisationsstatuts der Partei,
b) Beibehaltung oder Abschaffung der Arbeitsruhe am
1. Mai;
c) Sonstige Parteifragen;
d) Vorschläge zur Wahl der Delegierten.
 5. Stellungnahme zum Bezirksparteitage.
 6. Neuwahlen: a) des Vorstandes und der Revisoren;
b) der Brotkommission.
 7. Anträge, die bei den vorhergehenden Punkten ihre Er-
ledigung nicht gefunden haben.

Ueber die Zusammenfassung der Generalversammlung be-
stimmt § 23 des Statuts:

Die Generalversammlung wird gebildet aus den Delegierten
der Ortsgruppen, dem Vorstand und den Revisoren des Ver-
eins, dem Sekretär, den Reichstags- und Landtagsabgeordneten
begw. Kandidaten, den Mitgliedern der Handelsgesellschaft und
der Brotkommission, dem Geschäftsführer und den Redakteuren
der „Volkswacht“.

Wahlreglement: Die Ortsvereine wählen auf 1 bis
25 Mitglieder je einen Delegierten.

Anträge können bis zum 26. Juli an Genossen Zentler,
Marktstraße 8, eingereicht werden.

Der Vorstand.

Den Parteigenossen und Gewerkschaftlern von Porta und Umgegend

diene hierdurch zur Kenntnis, daß das Lokal zum „Jakobsberg“
Inhaber Dietrich Fricke in Verbe, uns nicht mehr zu Ver-
sammlungen zur Verfügung steht. An die gesamte Arbeiterschaft
richten wir das Ersuchen, dies zu beachten.

Vermischtes.

40 Personen wegen Sittlichkeitsverbrechen verhaftet. Saar-
brücken, 21. Juni. Hier wurden unter dem Verdacht des Ver-
gehens gegen die Sittlichkeit, begangen an 24 Mädchen im Alter von
12 bis 16 Jahren, 40 Personen verhaftet. Die zum Teil noch schul-
pflichtigen Mädchen wurden sofort aus der Schule verwiesen. Die
Untersuchung ist seit Wochen im Gange.

Eine Viebestragade. Halle a. S., 21. Juni. Der 24jährige
Schmiedegessele Böttcher, der sich von seiner Braut verlassen sah,
überfiel diese gestern abend in ihrem Zimmer, das sie mit einem
anderen Mädchen teilte, und gab mehrere Revolverkugeln auf sie ab.
Beide Mädchen sprangen in ihrer Angst aus dem Fenster und wurden
schwer verletzt in das Krankenhaus gebracht. Böttcher erschöpfte sich
selbst.

Durch einen Schirm tödlich verletzt. Kiel, 21. Juni. Bei
einer Schlägerei wurde gestern abend einem Schlächtereimer mit
einem Regenschirm das Auge ausgestoßen. Der Mann ist an den
erlittenen Verletzungen nach kurzer Zeit gestorben.

Geister Dampf. Kiel, 21. Juni. Im Heizraum des im Hafen
liegenden großen Kreuzers „Prinz Walther“ prang heute vormittag
um 11 Uhr die Kapelmutter einer Stropfbläse ab. Durch den
herausstömenden Dampf wurde der Geister Matrose sofort getötet
und der Maschinenmaat Max Schramm lebensgefährlich verletzt.

Zigeunererschlag. Berlin, 21. Juni. Eine Zigeunerin
entwidelte sich gestern vor den Häusern Vellernamstraße 79-81,
mobi Messer, Schärpe und Dolchmesser eine große Rolle spielten.
Ert 6 Schutzleute gelang es, die Schläger zu beenden, indem sie
die Haupttäter verhafteten. Die Zahl der verletzten Personen ist
unbekannt, da viel flüchteten.

Unfallstall. Berlin, 21. Juni. Einen verhängnisvollen Aus-
gang nahm eine Spagierfahrt, den eine aus 29 Personen bestehende
Gesellschaft gestern nach dem Wandlitzsee unternommen hatte. Bei
der Rückfahrt nach Berlin brach der Boden des Gefährtes zusammen,
und die im Mittelteil des Wagens befindlichen Personen stürzten auf
die Chaussee. Acht der Fahrgäste erlitten dabei erhebliche Ver-
letzungen.

16 Gebäude eingesehert. Posen, 21. Juni. Das Dorf
Groß-Gisingen bei Ratel wurde gestern von einem Großfeuer heim-
gesucht, das durch Spielen der Kinder mit Streichhölzern entstanden
ist. Vier große Bauerngehöfte mit 16 Gebäuden wurden einge-
sehert, eine Wöchnerin und zwei Kinder kamen in den Flammen um.

Grenzwächter und Schmuggler. Eger, 21. Juni. An der
bayerisch-böhmischen Grenze stießen gestern nacht zwei bayerische Grenz-
aufseher mit einem aus 8 bis 10 Mann bestehenden Schmugglertrupp,
der 6 Döfen nach Bayern einschmuggeln wollte, zusammen. Die
Aufseher nahmen ihnen drei Döfen ab. Es kam zu einem blutigen
Kampfe, in dessen Verlauf einer der Grenzwächter von einem
Schmuggler durch sechs Messerstiche, deren einer die Lunge durch-
bohrte, schwer verletzt wurde. Die Grenzaufseher fielen mit ihren
Gewehren auf die Schmuggler ein und verletzten diese. Der
Schmuggler, der den Grenzaufseher gestochen hatte, wurde verhaftet.

Abgekörtzt. Innsbruck, 21. Juni. Von der Mettbergs-
spitze stürzten zwei Damen aus Innsbruck ab; die eine wurde schwer ver-
letzt, während die andere leichtere Verletzungen davontrug.

Feuersbrunst. Toulon, 21. Juni. Eine Feuersbrunst zer-
störte die Kupfergießerei der Firma Bonisson. Der Schaden beläuft
sich auf über 1/2 Million Frank. Verschiedene Gebäude sind voll-
ständig eingesehert worden. Mehrere Feuerwehrlente wurden bei
den Rettungsarbeiten verletzt, darunter zwei tödlich.

Aus Eiferjucht. Paris, 21. Juni. In Gorbio bei Mentone
gab gestern während des Gottesdienstes ein Mann namens Leopold
Clave, ein Rayonchef in einem großen Rizer Warenhaus, auf den
Bretter Marcel Clave, den er unläuterer Beziehungen mit seiner
Gattin verdächtige, einen Revolvererschuß ab, sodann feuerte er auf
seine Frau. Beide Opfer wurden schwer verwundet in das Spital
getragen. Der Täter wurde von den Anwesenden festgenommen.

Mutter und Kind überfahren. Paris, 21. Juni. Eine
Arbeiterin wurde gestern von einem Straßenbahnwagen erfasst und
geriet unter die Räder. Ein dreijähriges Kind, welches sie auf dem
Arme trug, wurde in 2 Stücke zerteilt. Die Mutter wurde schwer-
verletzt ins Spital gebracht.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 22. Juni. Ueber die Pläne des konserbativ-heri-
kalen Kartells in Bezug auf die Durchführung der Finanzreform
wird aus parlamentarischen Kreisen folgendes berichtet: Es
sollen zunächst bewilligt werden 353 Millionen indirekte Steuern.
Der von der Rumpfkommision beschlossene Kohlenausfuhrzoll,
sowie die Mühlenmahlsteuer sollen fallen gelassen werden. Da-
gegen wird an der Kötierungsteuer festgehalten. Die Erb-
schaftsteuer wird auch in der Form der neuen Regierungs-
vorlage abgelehnt. Zwischen der zweiten und dritten Lesung
soll als Konzeption an die Regierung die Kötierungsteuer auf
40 Millionen ermäßigt werden. Ferner soll eine Erbschafts-
steuer aber lediglich für das mobile Kapital bewilligt werden,
und das dann eine noch vorhandene Minus an Steuern durch
eine Grundstücks- und Wertzuwachssteuer gedeckt werden.
Das konserpativ-herikale Kartell rechnet damit, daß auf diese
Beschlüsse hin Bälou und Schow demissionieren. Vom Bundes-
rat erwartet die Mehrheit weitgehende Nachgiebigkeit. Es wird
erzählt, daß ein Bundesratsmitglied gesagt habe, der Bundes-
rat würde alles schlucken und wenn es Ziel seien. Im Berliner
„Votaleanzeiger“ wird mitgeteilt, daß sich der Bundesrat trotz
schwerer Bedenken mit der Kötierungsteuer abfinden werde.

Berlin, 22. Juni. Die Frage der Auflösung des Reichstages
wird seit gestern in der Berliner Presse lebhaft erörtert. Die
konserpativen Blätter heider Richtungen und die Agrarier
warnen vor einer Auflösung, während die Liberalen eine Auf-
lösung geradezu erhoffen, und sie als das einzige Mittel an-
drehen, den Widerstand der Herikalen zu brechen. In diesen
Kreisen hegt man auch stark die Hoffnung, daß die Regierung
einer Auflösung nicht abgeneigt sei.

Die „Frankfurter Zeitung“ teilt mit, es finden neuerdings
Bemühungen statt, die maßgebenden Stellen davon zu über-
zeugen, daß eine Auflösung des Reichstages, wenn ein Jahr
lang die richtigen Konsequenzen aus ihr gezogen werden, kein
Wagnis wäre.

Berlin, 22. Juni. Zur parlamentarischen Lage wird dem
„Votale-Anzeiger“ aus dem Reichstag geschrieben, heute sei die
erste Abstimmung zur Reichsfinanzreform zu erwarten und zwar
über die Kötierungsteuer, die voraussichtlich mit nennens-
werter Mehrheit angenommen werden wird. Die Entscheidung
über das Schicksal der Erbschaftsteuer liegt bei der sozialdemo-
kratischen Fraktion und bei der Reichspartei. Wenn sich die
sozialdemokratische Fraktion entschließt, für die Erbschaftsteuer
zu stimmen, und wenn die Reichspartei auf die Forderung einer
Sicherung gegen künftige Erweiterungen oder Erhöhung der
Steuer verzichtet, so ist die Möglichkeit der Annahme der Erb-
schaftsteuer nicht ausgeschlossen. Das der Bundesrat sich mit
der Kötierungsteuer trotz schwerer Bedenken abfinden dürfte,
wird allgemein angenommen, weil ihm schließlich nichts anderes
übrig bleiben wird, wenn er die Auflösung des Reichstages nicht
beibehalten will. Die Mehrheit des Reichstages, die die
Kötierungsteuer durchführt, wird nämlich im Finanzgesetz eine Be-
stimmung aufnehmen, wonach die indirekten Steuern oder doch
die den Massenverband am meisten belastende Steuer nicht
erhöht werden darf, als bis die Kötierungsteuer in Kraft
getritt ist. Es ist möglich, daß eine volle Klärung der Lage erst
eintritt zwischen der 2. und 3. Lesung im Reichstag.

Berlin, 22. Juni. Die Möglichkeit einer Reichstagsauf-
lösung soll in den letzten Tagen erheblich näher gerückt sein.
Das Abstimmungsergebnis am Sonnabend soll auf den Reichs-
kanzler einen tiefen Eindruck gemacht haben und er soll nun-
mehr der Ansicht sein, daß der Reichstag tot ist.

Berlin, 22. Juni. Der Präsident des Reichstages, Graf
Stolberg-Berningerode, ist erkrankt und konnte infolgedessen der
gestrigen Sitzung nicht beizohnen. Wie verlautet, handelt es sich
um ein unbedenkliches Leiden und der Präsident hofft, am
Donnerstag bereits so weit wiederhergestellt zu sein, um die
Leitung der Präsidialgeschäfte wieder übernehmen zu können.

London, 22. Juni. Aus Newbort wird telegraphiert: Rehm,
der Mörder der Gise Siegel ist in Schenckstadt, einer Stadt am Erie-
kanal verhaftet worden. Sein Stubengenosse Sun Leung wurde
auch zu Amsterdam im Staate Newyork verhaftet.

Briefkasten der Redaktion.

M. Sch., Bradweide. Sie können Ihre Bringspalin nicht an-
geigen, aber diese Sie auch nicht.

A. F. 243. 1. Wenden Sie sich an das Hamburger Arbeiter-
sekretariat. — 2. Wenn Sie sich an das Verwaltungsamt. Sie
brauchen einen Erlaubnischein.

St., Süßlenger. Ja.

Briefkasten der Expedition.

Achtung, Filialexpedienten! Die Filialexpedienten, welche
die Zeitungen durch die Post überwießen bekommen, werden
daran erinnert, daß sie bis zum 25. angeben müssen, wieviel
Zeitungen sie für Juli gebrauchen.

Arbeiter! Genossen!

Es ist Parteipflicht für jeden Genossen, energisch und unab-
lässig für die „Volkswacht“ Abonnenten zu werben. Jetzt ist eine
besonders günstige und erfolgsverheißende Zeit für diese Tätig-
keit. Tue jeder seine Pflicht, den Gegnern zum Trug, dem
kämpfenden Proletariat zu Ruh.

Auf zur Agitation für die Arbeiterpresse!

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, für
den Inseratenteil: Wilhelm Böttcher, beide in Bielefeld.

Wir beginnen heute

mit unserem grossen

Sommerwaren - Verkauf.

Jedes einzelne
Angebot ist besonderer
Beachtung wert.

Extra-Angebot!

2500 Meter **Waschstoffe**

Was wir zum Verkauf
bringen, sind nur beste
Qualitäten.

Grosse Posten

Musseline

neue Dessins, mit und ohne
Borde, nur gute Qualitäten

Serie I **32** per Meter
Serie II **45** per Meter

eigens für diesen Verkauf erworben.

Grosse Posten

Musseline u. Kattune

für Blusen und Kleider

zum Einheitspreis **28** per Meter

Ein Posten

Wollmusseline

erstklassiges Fabrikat,
in modernen Dessins

Wert bis 1.45 Mk. **92** per Meter

Enorm billig!

Weisse Feston-Röcke

aus gutem Chiffon mit
breitem Feston, extra weit

Wert bis 3.25 jetzt **210**

Weisse Feston-Röcke

in prima Qualität mit breitem
Feston-Durchsatz u. Fältchen

Wert bis 5.00 jetzt **350**

Wasch-Röcke

in Leinen mit. und Lüster, zum
Teil mit breitem plissierten Volant

Wert bis 6.50 jetzt **185**

Weit unter Preis!

Crème-Wasch-Cheviot

Wert bis 1.10 Mk.

per Meter **58** **65**

6000 Meter

Elsässer Hemdentuch

gute brauchbare Qualitäten

per Meter **24** **28**

Ungebleicht

Hemden-Körper-Flanell

bewährte Qualität, schön geraut

per Meter **32** **36**

— — Besonders preiswert! — —

Bett-Kattune

gutes Fabrikat, schöne Dessins

per Meter **29** **35**

Ausnahme-Angebot!

Schürzen-Siamosen

la. Hausmacher-
ware 140 cm breit

per Meter **75**

Grosse Posten

Handtuch-Gebild

Baumwolle und Halb-
leinen 50 u. 60 cm breit

per Meter **25** **32**

Gelegenheitskauf!

Küchentücher

Gerstkorn kariert
60/60 cm gross

Stück **18**

Ein Posten

Kaffee-Decken

125/125 cm gross

Stück **95**

150/150 cm gross

Stück **125**

Weit unter Preis!

Weisse Teeschürzen

aus gutem Batist, ringsum mit breiter
Stickerei und reich garnierten Trägern

jetzt **75**

Weisse Teeschürzen

aus prima Mull, mit eleganter Loch-
stickerei und Fältchen-Garnitur

jetzt **155**

Bunte Teeschürzen

aus guten Siamosen, in schönen
Dessins mit eleganten Borden

jetzt **98**

Besondere Gelegenheit!

Untertaillen

ganz aus Stickerei
in guter Qualität

jetzt **98** **85**

Untertaillen

aus bester Stickerei, mit
Seidenband reich garniert

jetzt **135** **115**

Gummi-Gürtel

mit modernen Schnallen,
in enorm grosser Auswahl

Serie I **68** Serie II **98**

Besondere Gelegenheit!

Weisse Wollbatist-Blusen

mit eleganter Passe, reich
mit Durchsätzen garniert

jetzt **475** **375**

Weisse Batist-Blusen

reich mit Lochstickerei
— und Durchsätzen —

jetzt **275** **145**

Wasch-Blusen

in Zephyr, Leinen und Kattun,
— Hemdbluse und garniert —

290 **175** **110** **95**

3882

Gebr. Gottschalk

Niedernstrasse 29-31.

BIELEFELD.

Niedernstrasse 29-31.

Nr. 142.

Deutsh

266. Sitzung vom 9.
Am Bundesratssitzung
mann-Hollweg.
Fortsetzung der am
ginnend beim Artikel
Abg. Dr. Noe jid
schaftssteuer sind schon
aber nicht, wie die Lin
eine den Besitz wirklich
vorgeklagen. (Sehr r
Vermögen gegenüber d
Kotierungssteuer ausfü
reichs. Auch wir mü
steuerung des Kapitals
ein geänder sozialer
führen können, daß di
pital aus Frankreich v
der Lage durchaus. D
werden von uns durch
Kampf um die politis
Reichsfänger will n
sein. Das ist selbstver
der Führer einseitiger
richtig! rechts.)
Reichsführer hätten
die Regierungen hätten
Das trifft nicht zu.
Abg. Kämpf (Fr
Kapital mehr belasten,
schaftssteuer mehr getro
lirts.) Meine politisch
die Kotierungssteuer ni
v. Westarp, noch Verbes
wir nicht nachkommen.
dieses schädliche Gesetz
Wenn der Abg. Dr. K
bekannte, so ist das wo
wenn die Kotierungsste
holung hingeben können
Kotierungssteuer trifft
jeden, der Wertpapiere
wird auf 70 bis 100 M
das, was man Börse n
Die großen Gesellschaft
die Zinsen der umlaufer
Ein Mann, der eine für
finzen bezogen hat, wir
haben. Aber der Millia
mögen in preussischen K
nennen Sie eine Befäh
Staatspapiere in den 8
nach weniger guten Wer
Spekulation hineingebr
wird ebenfalls diese voll
(Sehr richtig! bei den
eindämmen, sondern für
Abg. Müller (Ful
gewiesen, daß 70 bis 100
gelassen sind. Daraus
Nationalvermögens die
richtig! im Str.) Sie so
drücken, sondern, indem
schaften gegenüber der
Landwirtschaft tätigen
gesellschaften wird durch
Es ist durchaus nicht
welt und Kaufmannschaf
nehme. Allerdings in L
Schumann hat man ab
kommen lassen. Herrn
Gauter Widerspruch bei
Adolf Wagner! Rufe r
Danke.) Die Herren von
bezahlen. Wir aber wo

Verbun

Roman

41

Als Frau Dantelberg
den Hinweis zu belügen,
da man ihrem Manne n
auf.
„Nicht schlimm, nicht
tönen Sie auch noch ga
bis in die Öffentlichkeit
immer etwas daran. W
kommt über Ihre ganze
und am meisten über mi
gonnen und werde als
ger gezogen. Ein hübsch
Ich habe nicht viel von
dafür sorgen können, da
würde.“
Emmy streckte ihm i
Hände entgegen, da sie
Frau Dantelberg leu
ihm recht. Dadurch füb
noch weiter austoben zu
Wie ist er gegen n
Kopf zuckte, daß er so
nun wird er in aller
laden. Wer kann wissen
erlassen wird.“
Mutter und Tochter
zeigte aber dabei schon
die ihre Zurückhaltung
„Wird ihm nachgewie
finn seiner Geldnehmer
kommt er ins Gefängni
gehört.“
Er hörte den leichten
dem Eindrud seiner Wo
lange in sich verschloffen
falt lächelnd Luft zu ma
Blöcklich fuhr die Alie
den Augenwinkeln und
„Sie müssen uns ab
pupenfamilie behandeln,
doch immer noch etwas
doch nicht bei uns festge
„Mama!“ rief Emmy
rende Bewegung und gei
Trolla lachte laut auf

Beilage zur Volksmacht.

Nr. 142.

Bielefeld, Dienstag, 22. Juni 1909.

20. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht.)

266. Sitzung vom Montag, 21. Juni, 2 Uhr nachmittags.
Am Bundesratssitz: Sydow, Delbrück, v. Schön, v. Bethmann-Hollweg.

Fortsetzung der zweiten Lesung des Finanzgesetzes, beginnend beim Artikel 2, „Bestimmung der Wertpapiere“.

Abg. Dr. Kosside (kon.): Die Gründe gegen die Erbschaftsteuer sind schon genügend dargelegt. Wir begnügen uns aber nicht, wie die Linke, mit bloßer Negation, sondern haben eine den Besitz wirklich treffende Steuer, die Notierungssteuer vorgelegt. (Sehr richtig! rechts.) Bisher ist das immobile Vermögen gegenüber dem mobilen Kapital überlastet. Das die Notierungssteuer ausführbar ist, beweist das Beispiel Frankreichs. Auch wir würden eine starke Börse, aber die Besteuerung des Kapitals in den großen Kapitalgesellschaften ist ein gesunder sozialer Gedanke. Niemand hat den Beweis führen können, daß die französische Notierungssteuer das Kapital aus Frankreich vertrieben hat. Wir erkennen den Ernst der Lage durchaus. Die Mahnungen des Herrn v. Rheinbaben werden von uns durchaus nicht abgelehnt. Wir führen keinen Kampf um die politische Macht. (Nach links.) Der Herr Reichstagspräsident will nicht Geschäftsführer der Konservativen sein. Das ist selbstverständlich, aber will er es verantworten, der Führer einzelner liberaler Anschauungen zu sein? (Sehr richtig! rechts.)

Reichstagspräsident Sydow: Es ist darauf hingewiesen, die Regierungen hätten 1893 eine Notierungssteuer vorgelegt. Das trifft nicht zu.

Abg. Kosside (fr. Sp.): Herr Kosside will das mobile Kapital mehr belasten, er vergißt wohl, daß es von der Erbschaftsteuer mehr getroffen wird als das immobile. (Leb. Weis. links.) Meine politischen Freunde werden den Widerstand gegen die Notierungssteuer nicht aufgeben. Dem Wunsch des Grafen v. Westarp, noch Verbesserungsvorschläge dazu zu machen, können wir nicht nachkommen. Wir werden die Verantwortung für dieses schädliche Gesetz der Rechten und dem Zentrum überlassen. Wenn der Abg. Dr. Kosside sich heute als Freund der Börse bekann, so ist das wohl zu verstehen, daß die Börsenbesitzer, wenn die Notierungssteuer Gesetz wird, sich nachher der Erbschaftsteuer hingeben können. (Weiterkeit bei den Liberalen.) Die Notierungssteuer trifft nicht in erster Linie die Börse, sondern jeden, der Wertpapiere hat. Das Vermögen in Wertpapieren wird auf 70 bis 100 Milliarden geschätzt. Die Großbanken und das, was man Börse nennt, besitzen davon nur 5 Prozent.

Die großen Gesellschaften werden die Steuerwälzen und die Zinsen der umlaufenden Wertpapiere werden heruntergehen. Ein Mann, der eine fällige Rente von 800 Mk. an Pfandbriefzinsen bezieht, hat, wird 20 Mk. davon an das Reich zu zahlen haben. Aber der Millionär, der es sich leisten konnte, sein Vermögen in preussischen Konfols anzulegen, geht frei aus. Und das nennen Sie eine Besteuerung! Mit den Konvertierungen der Staatspapiere in den 80er und 90er Jahren ist die Nachfrage nach weniger guten Werten gestiegen und das Publikum in die Spekulation hineingedrängt worden. Die Notierungssteuer wird ebenfalls diese volkswirtschaftlich bedauerliche Folge haben. (Sehr richtig! bei den Lib.) Sie wird die Spekulation nicht eindämmen, sondern fördern. (Bravo! links.)

Abg. Müller-Sulda (fr.): Herr Kosside hat darauf hingewiesen, daß 70 bis 100 Milliarden Papiere an der Börse zugeteilt sind. Daraus ergibt sich, einen wie großen Teil des Nationalvermögens die Notierungssteuer treffen wird. (Sehr richtig! im Ztr.) Sie soll nicht das Kapital an der Börse unterdrücken, sondern sie es belasten, einen gerechten Ausgleich schaffen gegenüber der Belastung des im Gewerbe und in der Landwirtschaft tätigen Kapitals. Die Entwicklung der Aktien-Gesellschaften wird durch diese mäßige Steuer nicht behindert.

Es ist durchaus nicht wahr, daß die ganze deutsche Handels- und Kaufmannschaft gegen die Notierungssteuer Stellung nehme. Allerdings in der bekannten Versammlung im Birkus Schumann hat man abweichende Meinungen nicht zum Wort kommen lassen. Herr Kirdorf ließ man nicht ausreden. (Gauter Widerspruch bei den Liberalen. Auf: Adolf Wagner! Adolf Wagner! Auf: rechts: Auf! Auf! Auf! Unruhe im ganzen Hause.) Die Herren vom Handelsverein wollen erst nach dem Tode bezahlen. Wir aber wollen sie schon bei Lebzeiten besteuern.

(Lärm. Beifall im Zentrum und rechts; lautes Lachen links.) Die Stempelsteuervorlage der Regierung ist nur ein Versuch, die Lasten von den tragfähigen Schultern der Großbanken auf schwächere abzuwälzen. Die Finanzminister waren auf ihrer Konferenz über die Beschlüsse der Finanzkommission nicht einmal genügend informiert. (Hört, hört! rechts.)

Eine Finanzreform ohne genügende Veranlassung der Börse ist unmöglich. Das wäre eine Verbeugung vor der Börse. (Lautes Bravo! rechts.) Warum sollen die tragfähigen Schultern frei gelassen werden? (Lauter Rufe links: Großgrundbesitz!) Die Notierungssteuer ist die gerechteste aller Steuern. (Lauter Beif. rechts und im Zentrum.)

Reichstagspräsident Sydow bestreitet, daß die Finanzminister nicht richtig informiert waren.

Reichstagspräsident Sydow: Es ist verbreitet, daß die Schädlichkeit der Notierungssteuer. Eine Folge davon sei ein Niedergang des Zinsfußes und parallel damit ein sinkender Kurs. An den 20 Milliarden Kommunalpapieren werden 500 bis 600 Millionen verloren werden, im ganzen würde eine Vermögensschädigung von über zwei Milliarden eintreten. (Hört, hört! bei den Lib. Widerspruch rechts und im Ztr.) Die Machtstellung Englands in der Welt ist wesentlich unterstützt durch die Machtstellung der Londoner Börse, die durch die englische Gesetzgebung gefördert wird. Zum Teil ist dieser Erfolg Englands auf Kosten der deutschen Börse erzielt, wozu die deutsche Börsengesetzgebung mit beitrug. In dieser Richtung würde die Notierungssteuer weiter wirken. Ich bitte dringend, sie abzulehnen. (Leb. Beifall links.)

Abg. Brand (Soz.): Was die Meinung meiner Freunde über die Notierungssteuer anbelangt, so sind wir der gleichen Ansicht, wie zurzeit die Regierung. (Weiterkeit im Zentrum.) Die Ausführungen der Herren von der Rechten verlieren an Überzeugungskraft und Wahrheit durch die Tatsache, daß die gleichen Parteien, die einen Teil des Vermögens angeblich belasten wollen, sich einer allgemeinen Vermögenssteuer, der Erbschaft- und der Vermögenssteuer, widersetzen. (Leb. Sehr richtig! bei den Soz.) Das einzige, was uns für die Steuer stimmen könnte, aber nicht stimmt, war der große Eifer, mit dem die Herren im Birkus Schumann sich gegen diese Notierungssteuer gewandt haben und ihre gleichzeitige Gleichgültigkeit gegen die Belastung der großen Massen mit Konsumsteuern. (Leb. Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn Sie uns wirklich eine Steuer bringen, von welcher die großen Massen tatsächlich betroffen werden, so finden Sie uns bereit, mitzumachen. Von der Steuer, die Sie uns präsentieren, haben wir diese Überzeugung nicht. Allerdings wissen wir nach der letzten Geschäftsordnungsdebatte, daß die Mehrheit alles machen kann, nur nicht, wie das englische Sprichwort sagt, aus einem Mann eine Frau. (Weiterkeit.) Aber wenn wir von Ihnen die Versicherung hören, durch diese Steuer würden Börsen und Banken getroffen und große Gesellschaften belastet, so ist daran doch nur richtig, daß die Steuer bei dieser Adresse zunächst ihren Einzug hält. Dadurch entsteht noch keine Besteuerung. Träfe das zu, so wären ja auch die Getreidebesitzer eine Besteuerung, denn der Zoll wird zunächst auch bei den reichen Getreideimporteuren erhoben. (Sehr gut! links.)

Die Börsen und Banken nur Durchgangssituationen für die Wertpapiere sind, wissen die Herren von der Rechten auch. Sie sind überhaupt viel geistvoller, als sie sich stellen. (Weiterkeit.)

Es ist merkwürdig, daß gerade die Agrarier sich darauf berufen, ein Teil des Vermögens entziehe sich der Besteuerung. Das ist die Taktik des Zintenspiels, der seine Umgebung verblende, um selber Verfolgungen zu entgehen. (Weiterkeit.) Nach unserer Überzeugung und nach der Meinung des größten Teils der Bevölkerung wird tatsächlich der Großgrundbesitz von den Steuerbehörden geschont. Die für die Besteuerung verantwortlichen Stellen sehen eben, daß seit Jahrzehnten die deutsche Gesetzgebung auf den sogenannten Schutz der Landwirtschaft zugewandt ist. Was liegt näher, als daß sich ein gewisserhafter Beamter sich sagt: „Ich will bei der Einweisung auch für den Schutz der Landwirtschaft sorgen.“ (Sehr wahr! bei den Soz.) Herr v. Rheinbaben hat gegenüber den Vorwürfen im Lande draußen hier gesagt: „Das betrifft die Selbstverwaltungsbehörden.“ Es ist ja bekannt, daß in Preußen die Behörden gegenüber der Selbstverwaltung machtlos ist. (Weiterkeit.) In denselben Preußen, in dem die größte Gemeinde nicht einmal eine Schulkommune ohne Zustimmung der Regierung einem Arbeiterverein zur Verfügung stellen kann! (Sehr gut! bei den

Soz.) Eine Selbstverwaltungsbehörde unter dem Vorsitz eines Landrats, das ist überhaupt keine Selbstverwaltungsbehörde. (Sehr gut! links.) Die ganze Selbstverwaltung in Preußen ist ein Puppentheater, mit dem Herrn Landrat als Landratszieher hinter der Kulisse. (Weiterkeit.)

Wir sind der Meinung, daß die Notierungssteuer gerade einen Teil derjenigen Leute trifft, denen der Vorwurf der Steuerhinterziehung am wenigsten gemacht werden kann: einen Teil der Arbeiter. (Widerpruch rechts.) Durch die Belastung der Hypothekendarlehen wird die Bautätigkeit erschwert und vermindert. (Lebhafter Zustimmung links.) Nur wissen Sie doch, wie schwer das Baugewerbe seit einigen Jahren daniederliegt. Ich weiß nicht, ob Sie schon einmal in die Wohnung eines Arbeiters hineingesehen haben, der monatlang keine Beschäftigung hatte. Ich habe in Mauerwohnungen hineingehaut, wo der Hausvater schon das zweite Jahr nicht beschäftigt war. Wenn Sie nun sehen, daß die Bautätigkeit jetzt wieder einsetzt, so sollten Sie sich hüten, den allgeringsten Versuch zu machen, ihr Steine in den Weg zu werfen. Wir meinen, wenn jodelnd von Familienförm gesprochen wird, so haben auch die Familien der Arbeiter Berücksichtigung zu verlangen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Bezeichnend ist es, daß Sie zwar Hypothekendarlehen treffen, aber die einfachen Hypotheken, die einem ähnlichen wirtschaftlichen Zweck dienen, frei lassen wollen. Das ist symptomatisch. Sie wollen nicht den Besitz als solchen treffen, sondern das Verkehrs- und Kreditwesen, das belästigen Sie. Es ist immer dieselbe Melodie: Einmal Fahrkartensteuer, dann Schiffsabgaben, jetzt Notierungssteuer. Es ist Ihre Feindschaft gegen die moderne Entwicklung des Verkehrs- und Kreditwesens. (Lebhafter Zustimmung links.) Was aber für die Herren vom Birkus Schumann eine Profitfrage ist, das ist für die Arbeiter eine Lebensfrage. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Wir sind ferner der Meinung, daß die friedliche Beilegung auswärtiger Märkte für die Entwicklung Deutschlands notwendig ist. Eine chinesische Eisenbahnlinie kommt uns billiger zu stehen als ein chinesischer Krieg. Diese Steuer aber verhindert und erschwert die wirtschaftliche Annäherung der Nationen. Was nützt es, wenn die Souveräne von Zeit zu Zeit sich umarmen und auf beide Wangen küssen und dann zu Hause Gesetze unterzeichnen, welche wirtschaftlichen Unfrieden säen. (Lebhafter Zustimmung bei den Soz.) Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands verlangt die Ablehnung der Notierungssteuer. — Wir sind längst nicht mehr im Begriff, ein Industriestaat zu werden, sondern wir sind längst ein Industriestaat geworden, aber die 32 Prozent unserer Bevölkerung, die der Landwirtschaft angehören, herrschen immer noch auf Grund rückständiger Einrichtungen über die anderen zwei Drittel. Sie (nach rechts) haben hier im Hause nur deshalb das Übergewicht, weil Sie es bisher verstanden haben, die ungerechte, mit der Verfassung im Widerspruch stehende Wahlrechtsverteilung aufrecht zu erhalten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Das ist der moralische Akt, auf dem Sie sitzen, hoffentlich nicht für alle Ewigkeit. Und wenn es wahr ist, daß Hochmut vor dem Fall kommt, dann sind wir überzeugt, daß der Sturz der agrarischen Herrschaft in Deutschland nicht mehr weit ist. (Lebhafter Beifall links.)

Hiermit verlegt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 2 Uhr. (Vorher Rechnungsachen und ein Nachtragset.)
Schluß: 7 Uhr.

Ein Pastor über die Sozialdemokratie.

Wir legen kein übermäßiges Gewicht darauf, was ein Pastor gelegentlich über die Sozialdemokratie sagt oder schreibt. Wer sie zu erkennen sucht, tut nur seine Pflicht. Es will uns scheinen, daß es nicht die schlechtesten ihres Standes sind, die so über die Sozialdemokratie urteilen, wie Herr Pastor Liebster-Weißig-Vollmar in seinem Büchlein „Kirche und Sozialdemokratie“. Er schreibt u. a.:

„Durch die Sozialdemokratie hat das Denken von Millionen von Arbeitern und Arbeiterinnen eine feste Struktur bekommen. Die Sozialdemokratie hat sie aus der Stumpfheit herausgerissen und ihnen einen titanischen Trost eingebracht. Sie hat die Geister zusammengefaßt, indem sie alle mit einem Glauben, einer Hoffnung, einem Willen erfüllte. Diese Arbeit hat sie in der kurzen Zeit von vier Jahrzehnten vollbracht, und noch

Höflichkeit bot er ihm eine Zigarre an, die er mit Dank entgegennahm und aufmerksam betrachtete, bevor er die Spitze abbitt.

„Die Kunst geht wohl? Nach der Sorte zu urteilen...“ Er roch an der Zigarre, warf einen prüfenden Blick im Zimmer umher und nickte wohlgefällig. „Nüchtern eingerichtet. Winter ist nun mal verhasst in Sie. Dann kann's auch was kosten. Hier müssen ja die Klienten wie Fliegen kleben.“

Er lachte laut auf. Es war ein seltsames Lachen, als wollte er darunter das gerade Gegenteil dieser Ansicht verbergen. Als er dann Feuer empfangen hatte und zu rauchen begann, studierte er durch die Dampfswirbeln Trolles Miene, ob ihm Gutes oder Böses winkte.

Er mußte mit ihm zufrieden sein, denn mit einer gewissen gemächten Begeisterung begann er: „Manchmal ändern sich die Zeiten. Heute sitze ich vor Ihnen und will Ihre Hilfe. Damals in der Mauerstraße saßen Sie vor mir und rauchten so wie ich jetzt. Heute sind Sie der große Mann und ich komme mir etwas klein vor. Aber ich wache wieder, verlassen Sie sich drauf.“

„D, das glaube ich, Sie werden sich schon durchwinden,“ warf Trolle ein, der durch diese Einleitung humoristisch gestimmt war.

„Sehen Sie, lieber Doktor, da sind wir schon auf unserem Punkt zusammen,“ sagte Dankelberg nun lebhaft und rückte dicht an den Tisch heran.

„Durchwinden, das ist der richtige Ausdruck. Und Sie sollen mir helfen dazu.“

„Ich?“ unterbrach ihn Trolle unwillig.

Dankelberg nickte nur. Dann laute er an seiner Zigarre, nahm sie aus dem Mund, steckte mit den Fingern die Spitze zusammen und fuhr währenddessen mit geistlichem Blick fort: „Es kann einem ja manchmal was Menschliches passieren, das werden Sie als Juriste wohl am besten wissen. Und wenn Sie es noch nicht wissen wollten, dann müssen Sie sich beizeiten darauf vorbereiten. Sie werden schon noch was zu fassen bekommen — durchs Gesetzbuch. Auf's Alledin habe ich mich früher auch verstanden. Sie werden ja wissen, was ich meine. Emmy wird wohl doch darüber den Mund nicht gehalten haben... Und wenn doch, dann, hm ja — aus den Akten werden Sie es ja doch erfahren. Da hat irgend so ein Salente was vom Schuster Dankelberg lauten hören und nun steht es auch in der Anzeige. Der Herr Untersuchungsrichter hat sich natürlich einen ganz anderen darunter vorgestellt — wissen Sie, so einen mit Schürze und Bechdrat, dem man den Kellerwurm schon vom weiten ansieht. Ich mußte lachen.“

Und er stieß nun selbst ein kurzes Lachen hervor, das ihm aber nicht aus dem Herzen kam.

„Er war sehr freundlich zu mir, der Untersuchungsrichter, und meinte, ich würde wohl drumrum kommen, daß heißt, wenn ein tüchtiger Anwalt meine Sache führte... Weiß schon, was

Verbundene Augen.

Roman von Max Kreher.

(Nachdruck verboten.)

Als Frau Dankelberg es für angebracht hielt, sich selbst durch den Hinweis zu belügen, daß es ja „nicht schlimm“ werden könne, da man ihrem Manne nichts werde beweisen können, brauste er auf.

„Nicht schlimm, nicht schlimm! Das sagen Sie so. Das können Sie auch noch gar nicht wissen. Wenn eine Sache schon bis in die Öffentlichkeit gedrungen ist, dann ist in der Regel immer etwas daran. Was soll bloß daraus werden! Schande kommt über Ihre ganze Familie, über Sie, über Ihre Tochter und am meisten über mich. Ich habe kaum meine Laufbahn begonnen und werde als Frau Dankelberg für die Zukunft daselbst Recht für sich werden in Anspruch nehmen können.“

Er wollte sich nicht weiter aufregen, sagte zu Emmy Abien und ging wieder fort, verfolgt von den Bitten der Alten, die nun rasch umgestimmt war und plötzlich von der Meinung geplagt wurde, er könnte ihr jetzt als Ehemann noch verloren gehen. Was hätte dann aus ihrem Manne werden sollen!

XI.

Am andern Tage nachmittags betrat Dankelberg sehr aufgeregt Trolles Bureau. Es geschah zum ersten Male, daß er sich hier zeigen ließ, und so hatte er dem Bureauvorsteher, der ihn nicht kannte, gar nicht erst seinen Namen genannt, sondern sich bei Beginn der Sprechstunden in einer „wichtigen Angelegenheit“ angemeldet.

Lieber Schwiegerjohn, Sie müssen mir helfen.“ begann er sofort und ließ sich unaufgefordert auf den bequemen Rohrstuhl nieder, der gegenüber dem Schreibtisch stand. „Die Hand gebe ich Ihnen erst gar nicht, denn Sie könnten sie am Ende doch wieder nicht beachten. Ich finde doch ein verflucht stolzer Kerl, aber wissen Sie — im Innern hat mir das immer gefallen, wenn ich auch äußerlich anders getan habe. Kerls aus Ihrem Holze sind auch einmal meine schwache Seite. Denken Sie denn, ich habe nicht von Anfang an gemerkt, was Sie für einer sind? Spah! Ich wäre Ihnen sonst wahrhaftig nicht gleich so entgegengekommen.“

Trolle, der den Gemüthlichen herausbeissen wollte, sah er gelb und verlor sich in Gedanken. Die Augen waren verquollen, als hätte er schlaflose Nächte gehabt, und als er das linke gewohnheitsmäßig aufstieß, bot er dem Innern eines professionellen Spielers, der die Nacht zum Tage macht und dem das Laster sein Kennzeichen tief in die Buge gegraben hat.

Trolle, der sofort merkte, daß seine Stimmung nur geheuchelt war, schloß sich demüthig Knieen mit ihm, zeigte nichts von seiner sonstigen Abneigung, sondern dachte im Augenblick nur daran, daß er den Vater seines Weibes vor sich hatte. Voll

„Mama!“ rief Emmy ihr zu. Sie aber machte eine abwehrende Bewegung und geisterte auf's Neue los.

Trolle lachte laut auf. „Immer weiter, immer weiter, Ver-

ist sie nicht am Ende ihres siegreichen Laufes. Gewiß entspricht die parlamentarische Wirksamkeit nicht der Zahl ihrer Wähler; um so höher muß ihr indirekter Erfolg angeschlagen werden, der darin besteht, daß die maßgebenden Kreise immer an das arbeitende Volk erinnert werden. Man denke sich aus, wie es gegenwärtig in Justiz, Verwaltung, Schulwesen ausfallen würde ohne die Sozialdemokratie, die auf Schritt und Tritt die Interessen der Arbeiter gegenüber den herrschenden Gewalten in Schutz nimmt! Man denke an den Lohn! Ob er sich auch nur annähernd so gut entwickelt hätte ohne das ständige Treiben und Drohen der Sozialdemokratie? Ihre Erfolge reichen weit über die Grenzen der Partei hinaus. Die Erstarkung der kirchlich-Dückerischen, die Organisation der Christlichen sind im Grunde der indirekten Anregung der Sozialdemokratie zu verdanken.

Die Sozialdemokratie ist in den Augen der Armen die große Helferin und Trösterin. Was eigentlich die Kirche sein sollte, wenn sie nach der Lehre und dem Vorbild Jesu handelte, das hat an ihrer Stelle die Sozialdemokratie vollbracht. Sie richtet die Gefallenen auf, sie fähigt die Hungrigen, sie predigt den Armen das Evangelium von ihrer Erlösung.

„Sind die Sünden der Sozialdemokratie wirklich größer als die der anderen Parteien? Gewiß, sie läßt die feine Lebensart vermissen; es kommt alles derber, gröber, ungeschliffener heraus, aber sie rekrutiert sich eben aus Leuten mit geringerer Schulbildung, denen obendrein die Not des Lebens das feine moralische Gefühl abgestumpft hat. Die schwerfällige Masse wird nicht mit geistvollen Paraphrasen, sondern mit kräftigen Schlagworten beeinflußt. Es ist ungerecht, der Partei aus der massiven Art ihrer Agitation Vorwürfe zu machen. Und was den Inhalt der politischen Bestrebungen anlangt, so scheint uns auch bei anderen Parteien Standesinteresse und brutaler Egoismus mitzusprechen. Der sittliche Wert einer Politik wird durch christliche Lebensarten nicht verbessert, eher verschlechtert.“

„Ob schon ist auf den religiösen Zug hingewiesen worden, der trotz aller Ablehnung in der sozialdemokratischen Arbeiterpartei vorhanden ist. Der Gegenstand ihres Glaubens bezieht sich auf Christen nicht, aber die Kraft und Echtheit des sozialdemokratischen Glaubens muß man anerkennen. Er ist wirklich lebendig; denn er macht seine Anhänger so opferwillig, wie man es in christlichen Kreisen nur ausnahmsweise findet. Er erzeugt eine Mannhaftigkeit, die einer feindlichen Welt zu trotzen wagt. Er ermöglicht endlich die großartige Disziplin, die der Reich der anderen Parteien ist.“

„Es gibt in unserer Zeit so gebildete Arbeiter, daß vor ihrer Bildung sich mancher Studierende verkrüppeln kann.“

Die meisten aus bürgerlichen Kreisen stammenden sind in Vorurteilen gegen die Sozialdemokratie erzogen, so daß sich die Vorstellung befestigt hat, sie sei der Inbegriff aller Volksverderbnisse. Es entsteht ein wahrer Fanatismus gegen diese Schlinge der Menschheit. Und wie muß man ihnen solche Gedanken abtun, wenn man sie kennt! Das Eingehen in ihr Geistesleben erweitert einem das Herz; man ist erfüllt von dem Gefühl, eine schwere Last losgeworden zu sein; man ahnt die höhere Einheit des Menschseins. Es ist ein herrlicher Gewinn, eine solche Sinnesänderung zu erleben. Nun atmet der vorher schwer gebrückte Optimismus wieder auf.“

Partei Nachrichten.

ac. Siege der Arbeiterpartei in Tasmanien (Australien). Bei den letzten Wahlen zum Landtage gelang es der Arbeiterpartei, die bisher nur 6 Sitze inne hatte, deren 12 zu gewinnen. Das Parlament wird nunmehr aus 18 Antisozialisten und 12 Mitgliedern der Arbeiterpartei zusammengesetzt sein.

ac. Die Freiheit der Rede in Australien. Wir haben in diesen Tagen von der Freisprechung Tom Manns berichtet. Anders erging es seinem Freunde und Mitangeklagten, dem Genossen Holland. Dieser wurde, wie der schon eingetragene „Socialist“ mitteilt, wegen „aufrührerischer Reden“ zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. — Also selbst die Freiheit der Rede ist in Australien nicht mehr gewährleistet.

Von der Parteipresse. Zur Gründung eines dritten württembergischen Parteiorgans sind Vorbereitungen getroffen. Wesentlich besteht bisher in Stuttgart die „Schwäbische Tagwacht“, die jetzt im 16. Jahrgang erscheint, und daneben seit vorigem Jahre in Heilbronn das „Redar-Echo“. Jetzt bereitet der Wahlkreis Göppingen-Umgebung die Gründung einer weiteren selbstständigen Parteizeitung vor. Die Firma „Verlagsdruckerei für Göppingen und Umgebung, G. m. b. H.“ ist bereits in das Genossenschaftsregister eingetragen worden. Sobald die genügende Anzahl Genossenschaftler gewonnen ist, soll das Blatt ins Leben treten.

Gewerkschaftsbewegung.

Mitgliederstand der deutschen Gewerkschaften im Jahre 1908. Nach einer aus den Jahresberichten und Abrechnungen der einzelnen Verbände gewonnenen Zusammenstellung — die

ichon, was Sie sagen wollen!“ wehrte er eine Bewegung Trolas ab. „Sie sind noch feiner, Sie werden's aber werden. Durch meine Sache können Sie's werden. ... Uebrigens, was „Schuster Dantelberg“ anbetrifft,“ unterbrach er sich, „so könnte ich mir eigentlich was drauf einbilden. Wer etwas ist, wird immer kurz behandelt. Wenn man vom „ollen Wengel“ spricht, oder von „Stephan“, dann ist auch „Schuster Dantelberg“ keine Beleidigung. ... Notieren Sie sich das, das werden wir verwenden können.“

Keinem Augenblick im Zweifel, daß Trola auf seine Vorschläge eingehen werde, zog er eine Menge Briefe, verfallene Wechselstempel und sonstige Schriftstücke hervor, die er, das goldene Blicke weit auf die Nasenrinne gerichtet, mit einem reichen Blick stumm überflog und vor sich ausbreitete. Dann brachte er einen langen Brief vor, aus dem Trola unmöglich ganz klar werden konnte. Es war der umständliche Vortrag eines Menschen, dem nach jedem dritten Satz das böse Gewissen die Zunge lähmt, der sich fortwährend selbst widerspricht und schließlich wirres Zeug vorbringt, aus dem immer nur das Verlangen hervorbricht, sich möglichst zu entlasten.

„Dies ist die Vollmacht — unterschreiben Sie“, unterbrach ihn Trola endlich. „Ich werde morgen schon Einblick in die Akten nehmen.“ Er wollte sich doch wenigstens die Gelegenheit nicht entgehen lassen, die Geschäftspraxis des Alten einmal gründlich beleuchten zu sehen.

„Schwiegerjohn!“ Dantelberg war aufgesprungen, bange sich weit über den Tisch und brüllte Trolas Hände. „Wenn Sie mich loslassen, Sie sollen sich über mich nicht mehr zu beklagen haben.“

Diese plötzliche Wendung hatte ihn weich gestimmt. Es war fast, als glänzte seine Augen von etwas Rastem, das aus seiner verhärteten Seele emporgetrieben war. Und die Heftigkeit des Augenblicks gab ihm einen gewissen Schwung der Sprache. „Sehen Sie, lieber Doktor — zu Ihnen habe ich Vertrauen, zu Ihnen kann ich sprechen, denn Sie gehören zu meiner Familie. Sie wollen sich erst die Sporen verdienen. Sie haben noch Feiner und Ehrgeiz. Sie tun noch nicht alles für Geld. Bei Ihnen sitzen die Gebährten noch im Herzen. Dementsie an meine Frau, denken Sie an Emmy. Wenn alles gut abläuft, wenn die Sache überhaupt zurückgewiesen wird, dann —“ Hier drin sitzt auch noch etwas bei mir, das nicht verdrängt ist.“

Und er schlug sich mit der Hand wiederholt auf die linke Brustseite, während seine Stimme zu erstarren drohte. Wahrhaftig, die Augen wurden ihm klein, und seine Lippen gerieten in zuckende Bewegung.

eigentliche Organisationsstatistik der Generalkommission erfolgt erst demnächst — haben die Gewerkschaften eine absolute Abnahme von 75 183 Mitgliedern für das Jahr 1908 zu verzeichnen. Die diesjährige Krise hat danach weit schärfer auf die Gewerkschaften eingewirkt als die letzte Wirtschaftskrise 1900/02. Damals trat in einem Krisenjahre ein Rückgang ein; aber er betrug (1901) im Jahresdurchschnitt nur rund 3000 Mitglieder. Dagegen war 1900 sowohl wie 1902 eine Mitgliederzunahme zu verzeichnen. Ähnlich so scheint die diesjährige Krisenperiode zu verlaufen. Im ersten Krisenjahre (1907) hatten die Gewerkschaften von Jahresbeginn zu Jahresende eine Mitgliederzunahme von 78 853. Im Jahre 1908 ist im 4. Quartale ein Rückgang von 75 183 Mitgliedern gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres zu verzeichnen. Welchen Einfluß die Krise auf die Mitgliederbewegung der Gewerkschaften hat, dafür ist geradezu typisch der Rückgang der Mitglieder in den Baugewerkschaften; sie allein haben 37 718 Mitglieder verloren, darunter die Maurer 17 449, die Baubildungsarbeiter 15 789; die Zimmerer verloren nur 4172 Mitglieder. Geringere Verluste in absoluten Zahlen hatten die kleineren Gewerkschaften der Dachbeder und der Stukkateure, während die Steinseher ihre Mitgliederzahl ziemlich hielten, die Maler sogar eine Zunahme von rund 500 zu verzeichnen haben. Außer im Baugewerbe war der Mitgliederverlust im Textilarbeiterverband am größten; der Textilarbeiterverband verlor 23 820 Mitglieder. Beide genannten Industriezweige tragen demnach von der verminderten Mitgliederzahl von 75 183 allein rund 61 000. In der Metallindustrie hat der Metallarbeiterverband mit 362 073 Mitgliedern seinen Mitgliederstand so ziemlich gehalten, der Verlust von rund 4000 Mitgliedern trifft fast ausschließlich den Schweißverband, während die Maschinen-, Kupfer- und Schiffszimmerer keine Zunahmen zu verzeichnen haben. Im Handels- und Transportgewerbe ist ein Mitgliederabgang von 1156 zu verzeichnen. Die Begerarbeiter besitzen bei einer Mitgliederzunahme von rund 1000 ihre Mitgliederzahl auf 112 513. Größere Mitgliederverluste zählt noch die Bekleidungsindustrie mit 3778, die Holzindustrie mit 4579, die Industrie der Steine und Erden mit 6576 Mitgliedern. Am besten haben sich die polygraphischen Gewerbe und die sonstigen Verlage gehalten, die eine nicht unbedeutende Zunahme aufweisen. Angenommen ist hier, daß der gute Ausbau der Organisation und die allgemeine tarifliche Regelung des Arbeitsverhältnisses im Buchdruck, sowie im Lithographie- und Leinwandgewerbe dazu beigetragen hat. Die Ergebnisse des Krisenjahres 1908 sind trotz der immerhin erheblichen Mitgliederabnahme keineswegs niederschlagend. Bei dem großen Zustrom der Mitglieder in den vorausgegangenen Jahren war es selbstverständlich nicht möglich, diesen Mitgliederstand in dem vorausgegangenen Krisenjahre zu halten. Wenn trotzdem relativ eigentlich ein geringer Mitgliederabgang eintrat, so zeugt dies von einer großen Festigkeit der Gewerkschaften. Das Jahr 1909 läßt eine allgemeine Aufwärtsbewegung erhoffen. Zeigen doch die vorliegenden Abrechnungen von 5 Verbänden für das erste Quartal eine Mitgliederzunahme. Rege Agitation aller Gewerkschaftsmitglieder wird dazu beitragen, die Scharte, die das Krisenjahr 1908 den deutschen Gewerkschaften geschlagen hat, nicht nur auszuweichen, sondern die Reihen zu verhärtet, und die Schlagfertigkeit unserer Gewerkschaften zu erhöhen.

Der Militarismus sucht Mitglieder der Freien Gewerkschaften als Soldaten. Der Redaktion des „Zimmerer“ ging das nachstehende Schreiben zu:

Schöneberg b. Berlin, 1. 6. 09.
Eisenbahn-Regiment Nr. 2.
J. R. 3118/09.

Die verehrliche Redaktion bittet das Regiment um sehr gefällige kostenfreie Aufnahme nachstehender Notiz unter Rubrik „Vermischtes“:

„Bei dem Eisenbahn-Regiment Nr. 2 zu Schöneberg bei Berlin werden für kommenden Herbst 09 noch zweijährig Freiwillige, vor allem gelehrte Zimmerleute, Tischler, Holzarbeiter, Klempner, Telegraphisten, Schneider, Schuhmacher, Sattler und Schiffer pp. zum Dienst mit der Waffe angenommen.“

Zum Diensttritt bereite junge Leute wollen sich schriftlich unter Beifügung des Meldeheimes, eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes, einer amtlichen Bescheinigung der Körpergröße, sowie einer Bescheinigung über die bisherige Tätigkeit bei vorgenanntem Regiment melden.“

Das Regiment verfehlt nicht, der verehrlichen Redaktion für die Mithewaltung im voraus seinen verbindlichsten Dank auszusprechen.

v. C. z. n. r. Oberst und Regimentskommandeur.
Die technischen Regimenter stellen die höchsten Anforderungen an Intelligenz und Geschicklichkeit der Dienenden. Darum nimmt man dort zu Offizieren meist Bürgerliche und sucht die Freiwilligen bei den — Sozialdemokraten.

Zum Ausstand der städtischen Arbeiter in Kiel. Der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ ist folgender Brief zugegangen: Sie bringen in der Nr. 134 vom 12. d. M. unter Lagerdorf einen Bericht, daß die gelbe Streikbrecherorganisation in Kiel eingegraben sei; dies bestätigt sich voll und ganz, sogar der Pinkerton ist dabei!

Gewiß doch eine große Freude für die Herren Lagerdorf, nicht wahr? Zu Ihrer näheren Orientierung diene Ihnen noch, daß die gelbe Streikbrecherorganisation noch manches Mal

Trola wollte nicht schwach werden. „Warten wir ab,“ sagte er ohne ihn anzublicken.

„Felix, geben Sie mir einen Kuß.“

Zum Glück trat der Bureauvorsteher herein, der durch sein Erscheinen diese aufdringliche Duzlichkeit verhinderte.

(Fortsetzung folgt.)

Kleines Feuilleton.

Die Geographie der Cholera. Die beunruhigenden Nachrichten, die aus Petersburg über die Ausbreitung der Cholera im Jarenreiche in den letzten Tagen gekommen sind, lenken wieder die Aufmerksamkeit auf die mannigfachen Wege, auf denen der unheimliche Gift nach Europa gelangt. Die russische Regierung hat es sich daher angelegen sein lassen, die verschiedenen „Reiserouten“ der Cholera genau festzustellen, und hat eine Karte anfertigen lassen, auf der die geographischen Wege der furchtbaren Krankheit genau angegeben sind. Diese „Geographie der Cholera“ wird bei den vorbeugenden Maßnahmen eine wichtige Hilfe leisten können. Die Cholera scheint um Ausgangspunkt für ihr Eindringen in Russland das Kaspische Meer genommen und sich auf dem Rückwege verbreitet zu haben. Es ist daher dringend notwendig, die Rückläufe sorgfältig zu beobachten, denn die Epidemie bringt mit außerordentlicher Hartnäckigkeit vor. Eine der Hauptursachen ihrer Verbreitung ist immer die Pilgerfahrt der Mohammedaner von Indien nach Mekka. Die Krankheit, die von den Ufern des Ganges mitgebracht wird, schleicht sich trotz der getroffenen Maßnahmen in Ägypten, in Mesopotamien, in Persien, in Afghanistan, bis in den Kaukasus ein und folgt dann den großen Wasserstraßen vom Veden des Kaspischen Meeres, die auch die großen Handelswege sind. Sie wandert als furchtbares Gepest mit den Karawanen, erreicht mit ihnen die vorkaspischen Zentren des Verkehrs in Yarkand, Buchara, Kabul, Astrachan, Mischinowgrad, Schiba und Orenburg. Sie drängt sich hinein in die Schiffe und landet mit ihnen in Malakka, Sumatra, Java, Borneo, den Philippinen und eilt bis nach Japan und Korea. Vom Hongkong, Kanton und Peking aus kehrt sie zu Lande oder zu Wasser wieder nach Indien zurück, einen entsetzlichen Kreislauf beschreibend, und wendet sich von hier nach Europa. Ueber das Rote Meer dringt sie ein nach Jeddah, dem Hafen von Mekka, und weiß den Weg ins Mitteländische und ins Schwarze Meer zu finden. Ueber den Persischen Golf läßt sie sich übersehen und öffnet sich dann dem Eingang nach Arabien. Die

Verabschiedung nehmen wird, wenn die Kieler Arbeiter keine Lust haben, zu arbeiten, oder wenn diese armenigen Arbeiter sich von ihren wohlhabenden Führern ins Unglück führen lassen, nach Kiel zu kommen.

Schachtungsbooll

Die gelbe Streikbrecherorganisation. Ungemein charakteristisch für die wahre Natur dieser Sippchaft ist auch ein Brief, den einer der gewerkschaftsmäßigen Essener Streikbrecher an seine Mutter in Essen geschickt hat und der in einer dortigen Zeitung veröffentlicht wird. Er lautet in all seiner Schönheit so:

Kiel, 13. 6. 1909.

Liebe Mutter!

Es geht Dir wohl höfentlich noch gut. Am Freitag Abend um 12 Uhr waren wir an Ort und Stelle. Es war heißer Empfang. Tausende von Menschen umlagerten den Bahnhof. Unser Leben steht auf dem Spiel. Eine ganze Schicht ist geschlagen worden einige Polizeibeamte liegen im Lazarett. Schide mir bitte den alten Trifo ein Stück Seife und zwei Dosen Streichhölzer und den Revolver mit sämtlichen Kugeln da die meisten einen mit sich führen wie fahren zur Stadt und müssen in die Häuser welches sehr gefährlich ist den die Weiber sind schlimmer wie Hyänen. Den Revolver würde ich sofort den es gilt. Die Kugeln nehme heraus und verpade sie alleine dazwischen. Wenn du sie nicht heraus kriegen kannst so lasse sie heraus machen oder laß sie drin. Die alte Uhr kannst du auch dabei tun. Mache das Paket so dünn wie möglich denn aber an den Revolver daß ist die Hauptsache. Einige Kugeln sind noch in meiner Weste kannst mal nachsehen Revolver Uhr Streichhölzer und Seife würde zusammen und den Trifo darum tue einen Lappen darum nähen und den Papier herum, damit wenn das Papier losgeht nicht die Sachen herausfallen mache in Postpaket damit ich es bis Mittwoch habe. Es Essen ist gut wie werden wohl noch 14 Tage hier bleiben. Antwort: kannst du wohl bei das Paket legen.

Du bist höfentlich noch gesund und Munter mir auch, geld bekommen wir höfentlich Samstag da vier Tage stehen bleiben im Fall eines Kontraktbruchs. 470 Mk. und die Kost ist der Lohn und bekommen 15 Mk. Reisvergütung wenn wir ausfallen.

Es grüßt dich vielmals Josef. Den aber an den Revolver und Kugel das ist die Hauptsache unter Leben steht auf dem Spiel ganze Schicht werden geliefert noch schlimmer wie in Krieg.

Nochmals viele Grüße Josef.

Zigarren und Zigaretten bekommen wir frei; ist ja Städtli.

Der Revolver und die Kugeln und die „Schlachten“ sind dem Burken die Hauptsache. Und dann die Zigarren und Zigaretten, die der Kieler Magistrat, der aus „finanziellen Gründen“ den Streikenden die winzige Borderung nicht bewilligen zu können, behauptet, freigeig unter den Arbeitswilligen verteilt. Und diesem Gesindel stellt die Hamburger Polizei Ehrenwachen bei der Durchreise!

Der Streik der städtischen Arbeiter Kiels dauert ununterbrochen fort. Das städtische Magistrats-Organ, die Kieler Zeitung, fabelt zwar vom Ende des Ausstandes. Die Ausgeperrten und Ausständigen stehen aber noch wie vor wie ein Mann in der Bewegung. Abtrünnige sind nicht zu verzeichnen. Am Montag vormittag fanden Verhandlungen einer Kommission der Streikenden mit dem Magistrat statt. Der Magistrat lehnte jedes Zugeständnis ab, erneuerte nur das schon früher gegebene Versprechen, daß er zum nächsten Etat einen Antrag auf Einführung der Achtstundentag für die Gasarbeiter an den Ratskammern einbringen will. Die wöchentliche Lohnzahlung will er einführen, wenn sich nach Wiederaufnahme der Arbeit die Arbeiterausschüsse der Betriebe dafür aussprechen. Eine Versammlung der Streikenden resp. Ausgeperrten hat Montag nachmittag in geheimer Abstimung mit 390 gegen 6 Stimmen die Fortführung der Streiks beschlossen.

Sieg der Brauereiarbeiter in Mainz. Der Streik in dem Betriebe der „Mainzer Aktienbrauerei“, der Großbrauerei „Unionbrauerei“, der am 7. Mai begannen hatte, endete mit einem vollständigen Sieg für die Arbeitnehmer. Der am 1. Juli in Kraft tretende Tarif, der auf 5 Jahre abgeschlossen ist, bringt den Brauereiarbeitern und Mälzern eine Lohnaufbesserung von 4 Mark, er steigert die Löhne von 26 Mark auf 30 Mark. Handwerker, die seither mit 23 Mark entlohnt wurden, erhalten 30 Mark, der Lohn der Fuhrleute steigt von 21 Mark auf 23 Mark. Die Vierjähre haben jeden dritten Sonntag frei, für Sonntagsarbeit wird die Stunde 70 Pfg. vergütet. Die Streikenden werden wieder eingestellt, sofort werden 70 Prozent der Arbeiter eingestellt, die andern vor dem 1. Oktober. Die Aufnahme der Arbeit findet Donnerstag statt. Die Einigung wurde durch Vermittlung des Bürgermeisters erzielt.

Kolnarbeiterstreik in Mathenow. Die in den hiesigen Kleinbetrieben der Bau- und Möbelfabriken beschäftigten Arbeiter, 40 an der Zahl, legten am Sonnabend die Arbeit nieder. Sie fordern einen Minimallohn von 45 Pfg. die Stunde (bisher 40 Pfg.), für Alfordarbeiter 10 bis 15 Prozent Lohnaufschlag, ferner Verlängerung der Arbeitszeit von 56 auf 54 Stunden, sowie Abschließung eines Tarifs. Die Unternehmer verhielten sich

Kaufahrtschiffe führen sie als gefährdete Fracht nach England und nach New York. Auf dieselbe Weise läßt sich ihr Erscheinen in Mexiko, in Kuba, auf den Antillen, in Brasilien und Argentinien erklären. Ihr trauriger Triumphzug durchläuft von Ägypten aus weite Gebiete Afrikas, Tripolis, Algerien, Marokko, reicht bis zum Senegal und lebt fort bis Guinea. Die transatlantische Eisenbahn, die Europa mit Medina verbindet, erleichtert ihren Marsch. So find die Wegspuren der Cholera weit verzweigt und reichen überall hin, aber diese genaue Aufzeichnung ihrer Routen erleichtert die sanitäre Überwachung und wird beitragen zum energischem Kampf gegen sie.

Heilungsverfahren für Alkoholfranke durch Landesversicherungsanstalten kommen mehr und mehr in Aufnahme. In größerem Umfang sind solche bis jetzt von den Landesversicherungsanstalten Rheinprovinz, Schleswig-Holstein und Westfalen eingeführt worden, mit recht befriedigenden, löbenden Erfolgen, die noch besser wären, wenn die Betroffenen rechtzeitig gemeldet und untergebracht würden. Einem Bericht des Reichsversicherungsamtes in Nr. 1 des „Reichs-Arbeitsblattes“ ist zu entnehmen: Unter den 112 männlichen und 6 weiblichen Versicherten, welche die rheinische Anstalt seit 1903 in Trinkerheilstätten behandelt ließ, waren von den bis Ende 1906 abgeschlossenen 55 Fällen nicht weniger als 50 erfolgreich. Die Anstalt ist mit Abstinenzvereinen in Verbindung getreten und veranstaltet die aus der Kur Entlassenen solchen beizutreten, z. T. unter Genährung eines Jahresbeitrags an die Vereine für jeden solchen Versicherten, der ihnen beiträgt. Die L.-B.-A. Schleswig-Holstein hat seit 1900 71 Alkoholfranke in Heilbehandlung nehmen lassen. In 18 Fällen ist voller, in 6 Fällen unvollständiger Erfolg erzielt worden. Gänzlich erfolglos blieben 21 Fälle. Die übrigen Behandelten sind teils gestorben, teils war bei ihnen eine Kontrolle nicht möglich. Die Resultate wären laut Bericht der Anstalt noch befriedigender, wenn nicht zum Teil mangelhafte Auswahl und besonders verpatete Anzeiger der Krankheitsfälle ungünstig wirken würden. Bei der L.-B.-A. Westfalen waren von den 39 bis zum Schluß des Jahres 1906 aus der Behandlung Entlassenen zu Anfang 1907 15 ganz geheilt, 5 gebessert, 32 wenigstens arbeitsfähig. (Bei alledem ist fast immer die Bedeutung einer Besserung ausgelast für eine ganze Familie zu bedenken!) Die L.-B.-A. Baden hat alle Bezirksämter durch Rundschreiben auf die Heilbehandlung Trunksüchtiger hingewiesen und um Angabe von geeigneten Kranken erucht; ähnlich Westfalen die Krankenkassen und die unteren Verwaltungsbehörden.

strikte ablehnend gegen die sämtlich im Deutschbitten dringend um Be-

Ein Holzarbeiterstreik. Dasselbst bestand für den am 30. Mai d. J. a. Die Unternehmer wollten verlängern und auch so zur Abwehr dessen sind und erluchen um Bernh-

Die Stellmacher in den Abbruch eines Tar der Arbeitszeit von 10 von 3 Pfg. pro Stunde

Streik der Bildhauer. von Viegnig legten da ihre vom Verband Lohnforderungen nicht Sätze war es nicht um der Tanz nicht statt

Vom Streik auf der Pleß gehört, wird organisierte Arbeiterbedingungen in den Stöhne von 2,80 Mark u Arbeiter verlangen des mehr Bohrmachinen in und größere Ordnung Arbeiter sind der Direk Verwaltung leibt jede u einer Verammlung zu schließen, im Streik zu

Steinhauerarbeiter-Geaujines ist he Arbeiter in Kraft getreträgt circa 3000 und

ac. Der drohende er fand in London ein arbeiter-Verbandes stat Zeit eine Nationalkonf zur Verteidigung der Weber die Unternehm nachzugeben. Die Verg allem auf der Einföhrn Ihrer Behauptung nach wales, weil sie sehr tie Bezirke. Es mühten fördert werden. Die V mehrung der Produktio Vergarbeiter aller Bez noch im letzten Augenbl allgemeinen Ausstände

Genossen

Der Obenburger gewährung. In einer Nabattiparvereine“ hait nete Heitmann auch die Obenburger Handelsst battiparvereine einer Abgeordnete Heitmann abgehehen, von der für N Anblosigkeit solcher Ma organisationen gegen b fohlen werden. Diese O Obenburger Handelsst die seine Förderung de fertigen bezweckt. Daru

„Solitern wir doch vollen 6 Prozent Nabat im Ernst noch keiner bek werden die Käufer am Preisen ist man aufrie Nabatt durch Nettoartia ausmacht, so fällt ja der doß 5 Prozent ausgereich

Im Gegenteil, diese handelbeamteten bestatige sogar noch ein übriges, die gangbarsten Artikel sind, die als Nettoartia uebrigens haben sich rationen und selbst Ham ausgebrochen. In Wir der Nabattiparvereinsab die Organisation der Interesse der Konsumer um so dringender nötig

Der Kampf der Glasgow. Der in den gomer Händlern mit au gegen die Konsumverei dung eines Preisverhö zur Folge, dessen Mit mußten, weder direkt no Geschäftsverbindung zu zu beschäftigen und jedo brechen die die schriftl weigerten. Die Folge Schlachtvieh Hof zu Dorf Genossenschaftsvereine, die Auslandsbesitz und be standen, beschloß im J staui, welches den Aus ger als Käufer auf dem und jeden Fall der Ueber Gegen dieses Statut habe sogar im Ueberhaue, Si begannen die Schlächter sie durch Bräuterverträge lung der Verläufe bewi weigerten, ihr Vieh nach offenen Märkte in Gib vorzuziehen. Die Wirku daß die Zahl der in No Vieh seit 1897, dem J staui, von 72 797 Sti gungen ist. Diese Dis dentet nicht nur für di Marktschächtern, die sich ling stellen, sondern auch heit und vor allem eine Jahre 1907 wurde der Die neuen Anlagen un Als nun das Driskatu unterbreitet werden muß Marktschächtern Marktschächtern, zuu aufmerkiam gemacht, li das Driskatu nach G zurückgehen, wo es unet dem Schlachtvieh Hof du 16. April 1909 beschlo Marktschächtern, in find, die Aufhebung de am 29. April auch der gem einer Deputation v vertreten hatte keinen schafsstreiter, dem V

Arbeiter keine
sicheren Arbeiter
Unglück führen
...
13. 6. 1909.

strikte ablehnend gegen die Forderungen. Die Ausständigen
sind sämtlich im Deutschen Holzarbeiterverband organisiert und
bitten dringend um Fernhaltung des Zuguges.

Ein Holzarbeiterstreik in Billingen (Waben) ist ausgebrochen.
Dasselbe bestand für Schreiner nach dem früheren Verträge,
der am 30. Mai d. J. abgelaufen ist, die 9 1/2 stündige Arbeitszeit.
Die Unternehmer wollen nun die Arbeitszeit auf 10 Stunden
verlängern und auch sonstige Lohnverschlechterungen einführen.
Zur Abwehr dessen sind die Schreiner in den Streik getreten
und ersuchen um Fernhaltung des Zuguges.

Die Stellmacher in Lübeck erreichten durch eine Lohnbewegung
den Abschluß eines Tarifvertrages, der ihnen eine Verkürzung
der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden und eine Lohnhöhung
von 8 Pfg. pro Stunde brachte.

Streik der Zivilmilitär in Regensburg. In 5 der größten Fälle
von Regensburg legten Sonntag die Militär die Arbeit nieder,
da ihre vom Verband der Zivilmilitär eingereichten
Lohnforderungen nicht bewilligt wurden. Den Inhabern der
Säle war es nicht möglich, Arbeitswillige zu erhalten, so daß
der Tanz nicht stattfinden konnte.

Vom Streik auf der Grabgrube, die dem Fürsten von
A. gehört, wird berichtet, daß die daselbst beschäftigten un-
organisierten Arbeiter, wegen gar zu schlechter Arbeits-
bedingungen in den Streik getreten sind. Es kommen noch
Löhne von 280 Mark pro Schicht für Gesteinshauer vor. Die
Arbeiter verlangen deshalb eine Lohnhöhung, Anschaffung von
mehr Bohrmaschinen für die Kohlenarbeit, bessere Behandlung
und größere Ordnung in der Grube. Diese Forderungen der
Arbeiter sind der Direktion seit längerer Zeit zugegangen. Die
Verwaltung lehnt jede Unterhandlung mit den Arbeitern ab; in
einer Versammlung am Sonnabend haben die Arbeiter be-
schlossen, im Streik zu verharren.

Steinhanerarbeiter-Aussperrung. Brüssel, 21. Juni. In
Gcaupines ist heute die Aussperrung der Steinhaner-
arbeiter in Kraft getreten. Die Zahl der ausgesperrten Arbeiter
beträgt circa 3000 und erstreckt sich auf 18 Steinbrüche.

ac. Der drohende englische Bergarbeiterstreik. Dieser Tage
sind in London eine Sitzung des Vorstandes des Berg-
arbeiter-Verbandes statt. Es wurde beschlossen, in allerhöchster
Zeit eine Nationalkonferenz einzuberufen, um die Maßnahmen
zur Verteidigung der Interessen der Bergarbeiter zu beraten.
Weder die Unternehmer, noch die Arbeiter sind zurzeit bereit,
nachzugeben. Die Bergwerksbesitzer von Südwales bestehen vor-
 allem auf der Einführung der Doppelschichten von je 8 Stunden.
Ihrer Behauptung nach arbeiten die Kohlenbergwerke in Süd-
wales, weil sie sehr tief liegen, um vieles tiefer, als die anderer
Bezirke. Es müßten deswegen größere Mengen Kohlen ge-
fordert werden. Die Arbeiter hingegen befürchten von der Ver-
mehrung der Produktion einen Lohnrückgang. Jedenfalls sind die
Bergarbeiter aller Bezirke solidarisch und es wird, wenn nicht
noch im letzten Augenblicke eine Einigung erzielt wird, zu einem
allgemeinen Ausstande kommen.

Genossenschaftsbewegung.

Der Oldenburger Kleinhandelsbeamte über die Nabatt-
gewährung. In einem Vortrage über „Konjunktur und
Nabattparverine“ hatte der oldenburgische Landtagsabgeord-
nete Heitmann auch die Tätigkeit des Kleinhandelsbeamten der
Oldenburger Handelskammer wegen dessen Förderung der Nabatt-
parverine einer Kritik unterworfen. Dazu hatte der
Abgeordnete Heitmann zweifelslos berechtigte Ursache, weil,
abgesehen von der für Publikum und Kleinhandler gleich großen
Ausbeutung solcher Nabattparverine, diese auch als Kampf-
organisationen gegen die Konjunkturvereine betrachtet und em-
pfohlen werden. Diese Kritik hat den Kleinhandelsbeamten der
Oldenburger Handelskammer zu einer Erwiderung veranlaßt,
die seine Förderung der Nabattparverinebewegung zu recht-
fertigen beabsichtigt. Darin wird nun n. a. ausgeführt:

„Sollten wir doch nicht an Einzelheiten herum, ob die
vollen 5 Prozent Nabatt dem Käufer zugute kommen. Das hat
im Ernst noch keiner behauptet; ob es 2 1/2 oder 4 1/2 Prozent sind,
werden die Käufer am besten beurteilen können, und in diesen
Preisen ist man zufrieden mit der Einrichtung. Wenn der
Käufer durch Nettoartikel und Abkantung nicht volle 5 Prozent
ausmacht, so fällt ja der Vorwurf der Gerechtigkeit in sich zusammen,
daß 5 Prozent aufgeschlagen werden müssen.“

Im Gegenteil, diese Ausführungen des Oldenburger Klein-
handelsbeamten bestätigen auf neue, daß Nabattauschläge und
sogar noch ein weiteres gemacht werden. Denn es sind ja meist
die gangbarsten Artikel, deren Detailpreise allgemein bekannt
sind, die als Nettoartikel vom Nabatt ausgeschlossen werden.
Uebrigens haben sich auch zahlreiche kaufmännische Korpor-
ationen und selbst Handelskammern in scharfer Weise dagegen
ausgesprochen. In Wirklichkeit ist es ja auch den Verantwortern
der Nabattparverinebewegung in der Hauptsache damit um
die Organisierung der Kleinhandler zu tun, weshalb wir im
Interesse der Konsumenten darüber Aufklärung zu verbreiten
um so dringender nötig haben.

Der Kampf der Schlächter gegen die Konjunkturvereine in
Glasgow. Der in den Jahren 1896 und 1897 von den Glas-
gower Händlern mit außerordentlicher Schärfe geführte Kampf
gegen die Konjunkturvereine hatte außer anderem auch die Grün-
dung eines Fleischhändlerverbandes für Glasgow und Umgegend
zur Folge, dessen Mitglieder sich durch Kevers verpflichten
sollten, weder direkt noch indirekt mit einem Konjunkturverein in
Geschäftsverbindung zu treten, keine Konjunkturvereinsmitglieder
zu beschäftigen und jeden Umgang mit den Schlächtern abzu-
brechen, die die schließliche Unterschneidung des Reveries ver-
weigerten. Die Folge dieser Konvention war, daß auf dem
Schlachthof zu Yorkhill bei Auktionsverkäufen Angebote von
Genossenschaftsvertretern nicht akzeptiert wurden. Da aber der
Auslandsbedarf und der Viehhof unter holländischer Verwaltung
standen, beschloß im Jahre 1898 der Gemeinderat ein Dis-
kretum, welches den Ausschuß eines bestimmten Teiles der Bür-
ger als Käufer auf dem Schlachthof als unzulässig erklärte
und jeden Fall der Übertretung mit 100 Mk. Geldstrafe ahndete.
Gegen dieses Statut haben seitdem die Schlächter immer wieder
Kampf geführt, ohne Erfolg. Da begannen die Schlächter, das Verbot dadurch zu umgehen,
daß sie durch Privatverträge Verträge abschlossen. Diese Einschränkung
der Verkäufe bewirkte, daß die Schlachthofsexporture sich
weigerten, ihr Vieh nach Yorkhill zu verschiffen, vielmehr die
offenen Märkte in Liverpool, Manchester und Birkenhead be-
vorzugten. Die Wirkung des Boykotts läßt sich daran erkennen,
daß die Zahl der in Yorkhill zur Auslieferung gelangten Stück
Vieh seit 1897, dem Jahre vor dem Inkrafttreten des Dis-
kretums, von 72.797 Stück auf 32.350 im Jahre 1908 zurückge-
gangen ist. Diese Differenz von 40.000 Stück Schlachtwiech be-
deutet nicht nur für die Stadt einen bedeutenden Verlust an
Marktgeld, sondern auch für die pro Stück Schlachtwiech auf einen Schil-
ling stellen, sondern auch weniger Arbeits- und Geschäftsgelegen-
heit und vor allem eine große Verteuerung des Fleisches. Im
Jahre 1907 wurde der Schlachthof nach Merlands verlegt.
Die neuen Anlagen und Einrichtungen kosteten 1.800.000 Mk.
Als nun das Discretum dem Landwirtschaftlichen Ministerium
unterbreitet werden mußte, behielt der geschäftsführende Aus-
schuß der Marktsteuerverwaltung das Discretum, welches den offenen
Markt vordrängte, zurück. Von den Genossenschaftlern darauf
aufmerksam gemacht, ließ das Landwirtschaftliche Ministerium
das Discretum nach Glasgow behufs ordentlicher Verlegung
zurückgehen, wo es unerledigt und damit auch der Verkehr auf
dem Schlachthof durch Statut unreguliert blieb. Erst am
16. April 1909 beschloß der geschäftsführende Ausschuß des
Marktdespartements, in dem die Schlächter zahlreich vertreten
sind, die Aufhebung des Discretums. Die Vorbeschlüsse hat
am 29. April auch der Stadtrat zugestimmt. Die Vorbeschlüsse
einer Deputation von Genossenschafts- und Gewerkschafts-
vertretern hatte keinen Erfolg. Vom Sprecher der Genossen-
schaftsvertreter, dem Vorsitzenden der Großeinkaufsgesellschaft,

Stewart, wurde nachgewiesen, daß durch den Boykott der Preis
des Fleisches um 4 Pfg. pro Pfund gestiegen und damit eine
Verteuerung der Lebenshaltung um jährlich sechs Millionen
Mark eingetreten sei. Die Ungezogenheit des Vorgehens des
Glasgower Gemeinderats kann daran ersehen werden, daß in
und um Glasgow 160.000 Konjunkturvereinsmitglieder wohnen,
deren jährlicher Fleischumsatz sich auf 10 Mill. Mark beläuft.
Gegenwärtig haben die schottischen Konjunkturvereinsmitglieder auf
der ganzen Linie den Kampf gegen die ungerechte Maßnahme
des Glasgower Stadtrats aufgenommen.

Soziales.

ss. Ueber die Tätigkeit des Jugendgerichts Berlin-Mitte
liegt jetzt der erste Jahresbericht vor. Nach den in Amerika und
England gemachten günstigen Erfahrungen mit besonderen Ge-
richtshöfen für die jugendlichen Verleher der Gesehe hat man
nun auch in Deutschland an einigen Orten Versuche mit der
Schaffung solcher Institutionen gemacht. Das Jugendgericht
Berlin-Mitte trat zum ersten Male am 1. Juni 1908 zusammen.
Von dieser Zeit bis zum 31. Dezember 1908 urteilte es 979
Personen ab, darunter 777 männliche und 202 weibliche. Auf
die einzelnen Altersstufen verteilen sich die Angeklagten wie
folgt:

	Knaben	Mädchen
12 bis 14 Jahre	99	13
14 „ 16 „	209	25
16 „ 18 „	469	137

Was die Familienverhältnisse dieser jugendlichen Personen
anbelangt, so waren 898 ehelicher und 71 unehelicher Geburt,
während bei 10 die Herkunft unbekannt war. Unter den ehe-
lichen befanden sich 30, bei denen die Eltern getrennt oder ge-
schieden lebten; 170 waren Halbwaisen, 15 Ganzwaisen. Vor-
bestraft waren 194 Angeklagte, darunter einer sogar bereits
sechsmal.

Die Straftaten, wegen derer die Anklage erhoben wurde,
waren die folgenden:

	Zahl der Fälle		Zahl der Fälle
Diebstahl	418	Gewerkschaftsbruch	72
Mundraub	12	Körperverletzung	31
Unterschlagung	78	Beleidigung und Be- drohung	8
Bezug	26	Haussfriedensbruch	13
Schleiert	22	Sachbeschädigung	8
Beleidigung	34	Zahlr. Brandstiftung	1
Fälschung falsch. Namens	12	Gewerkschaftsbruch	15
Grober Unfug	71	Tierquälerei	3
Verleumdung	137	Verleumdung	5
Unzüchtigkeit	13		

Etwa der 4. Teil der Angeklagten, nämlich 258, wurde frei-
gesprochen, bezw. außer Verfolgung gesetzt, davon 83, weil ihnen
die zur Erkenntnis der Straftat nötige Einsicht fehlte. Von
den 721 Verurteilten erhielten 495 einen Verweis, 99 Geld-
strafen und 127 Freiheitsstrafen, die sich zwischen der Dauer
von einem Tag und mehr als 6 Monaten bewegten. Es ist er-
freulich, daß nur ein so geringer Teil (18 Prozent) Freiheits-
strafen ausgesprochen wurde, die bekanntlich in unzähligen
Fällen die Einleitung zur Verbrechenslaufbahn bilden, und daß
außerdem von den Verurteilten noch 20 der bedingten Be-
gnadigung empfahlen wurden.

In 562 Fällen wurde die strafrichterliche Tätigkeit durch
andere Maßnahmen ergänzt. So wurden 294 Angeklagte der
deutschen Zentrale für Jugendfürsorge und ähnlichen Organi-
sationen zur Unterbringung und Kontrolle überwiesen, in 17
Fällen Minderungen der Vormundschaft und in 193 Fällen Frei-
sorgeerziehung angeordnet. — Auch bei uns wird jedenfalls die
Erfahrung lehren, daß eine verständnisvolle und nachsichtige
Beurteilung der meist nur aus jugendlichem Leichtsinne oder in-
folge schlechten Beispiels begangenen Straftaten mehr Gutes
wirkt, als die Anwendung der ganzen Strenge des Gesetzes auf
den jugendlichen „Verbrecher“.

ss. Die Lage der Arbeiter in der Papierindustrie. Die in
der Papierindustrie beschäftigten Arbeiter sind zum Teil noch
nicht organisiert. Die Arbeitszeit ist daher in den Papier-
fabriken eine lange, die Löhne sind niedrig. Das ergibt sich
aus den Erhebungen, welche die Gewerbeaufsichtsbeamten in
Bayern im letzten Jahre über die Papierindustrie gemacht
haben, deren Resultate in den oben erschienenen Berichten der
bayerischen Fabrikinspektion veröffentlicht werden. Der Wald-
reichtum Oberbayerns, Niederbayerns und Unterfrankens hat
die Entwicklung der Papierindustrie begünstigt, und es gibt
deshalb in Bayern 159 Papier-, sowie Zell- und Holzstoff-
fabriken. Die Betriebsform hat durchweg einen fabrikmäßigen
Charakter. Die Organisationen der Arbeiter, so wird be-
richtet, obwohl der freien als der christlichen, haben verhältnis-
mäßig noch wenig Eingang gefunden, am meisten in den grö-
ßeren Städten. Die Arbeitszeit ist nur für die Holzarbeiter
eine 10- bis 11stündige, die Schichtarbeiter, z. B. die Holz-
schleifer, Holzlagerer, Papier- und Pappenmaschinenarbeiter,
die Korkarbeiter, Säurearbeiter, Maschinenisten usw., haben ge-
wöhnlich 12stündige Tag- und Nachtschichten ohne bestimmte
Pausen, also eine 12stündige Arbeitszeit ohne jede Unterbrechung!
Dazu kommt aber auch meistens noch zum Zwecke des Schicht-
wechsels eine 15stündige Schicht — d. h. einmal in der Woche
24 Stunden Arbeitszeit ohne jede Pause! In einem Betriebe
sind sogar regelmäßig 15stündige Tag- und Nachtschichten festge-
stellt worden, und es ist den Gewerbeaufsichtsbeamten nicht ge-
lungen, eine Milderung herbeizuführen. Diese fürchterlich lange
Arbeitszeit genügt den Unternehmern aber noch nicht einmal,
denn die Beamten melden, daß Arbeiter ermüdeten männ-
licher Arbeiter in einzelnen Betrieben der Papier- und Zell-
stofffabrikation „ziemlich oft zu finden“ sei, und die Znanprich-
nahme der Ausnahmen von dem Verbot der Sonntagsarbeit
ist nach den Erhebungen in der Papierverarbeitungsindustrie eine
ziemlich ausgedehnte. In alledem kommt noch, daß auf dem
Lande die Arbeiter sehr weit entfernt von der Arbeitsstätte
wohnen, was „im Zusammenhang mit langen Arbeitszeiten
zur Überanstrengung“ führe, wie der Zentralinspektor Priem
in seiner Zusammenfassung der Berichte sagt. Also eine Ar-
beitszeit von 24, 30, 105 und mehr Stunden in der Woche und
dazu täglich noch einen stundenlangen Weg zur Fabrik!

Entsprechend den langen Arbeitszeiten sind die Löhne sehr
schlechte. „In einzelnen Landbezirken findet man teilweise noch
sehr niedrige Löhne“, sagt der Generalsekretär. In Oberbayern
wird in den Holzstofffabriken 2,40—3,00 Mk. am Tage verdient,
in den Papier- und Pappenfabriken 2,20, 2,60 bis 3,00 Mk. und nur
in ganz vereinzelten Fällen steigt der Verdienst etwas höher. Ar-
beiterinnen verdienen täglich 1,20 bis höchstens 1,70 Mk., im
Allord bis 2 Mk. Das Allord- und Bräunlichheim hat eine
größere Verbreitung gefunden, so daß zu der langen Arbeitszeit
noch ein sehr intensives Arbeiten kommt. In Niederbayern be-
tragen die Durchschnittslöhne für erwachsene männliche Ar-
beiter 2,34, 2,60 und 3,01 Mk. für Arbeiterinnen 1,65 bis 1,85
Mk. In der Bial, soll — nach Angabe der Unternehmer —
der niedrigste Stundenlohn für erwachsene männliche Arbeiter
23 Pfg. betragen, der bis 30 Pfg. steigt. „Als Hauptnahrungs-
mittel dieser Leute kommen die Kartoffeln in Betracht“, sagt der
Berichterstatter, der auch folgendes Haushaltsbudget wieder-
gibt, das ein Familienvater mit Frau und vier Kindern im
Alter von 2, 7, 10 und 12 Jahren aufgestellt hat:

Brot	wöchentlich 5,60 Mk.	jährlich 290 Mk.
Fleisch und Wurst	2, — „	100 „
Schabe	„	10 „
Steuer	„	100 „
Kolonialwaren	4, — „	205 „
Brand	„	50 „
Steuern u. Umlagen	„	14 „
		Summa 869 Mk.
		Gesamt-Einkommen im Jahr 840 Mk.

Für Wohnung, Milch und Kartoffeln hatte der Arbeiter keine
Ausgaben zu machen, da er ein eigenes Häuschen hat, eine Ziege
hält und die Kartoffeln selbst baut. „Der Reihbetrag sowie alle
anderen noch erforderlichen Ausgaben gleichen sich mit dem
Nebenverdienst der Frau und Nebenstunden aus“, sagt der Be-
amte. Bei fast 100stündiger Arbeitszeit in der Woche muß also
der Arbeiter noch Nebenstunden machen, muß die Frau neben der
Pflege der vier Kinder, der Versorgung des Haushaltes und der
Ziege und der Bearbeitung des Kartoffelackers noch Nebenver-
dienst erwerben — nur damit die Familie das nackte Leben not-
dürftig fristen kann! Aus dem Bericht über den Oberpfalz ist zu
ersehen, daß dort die erwachsenen männlichen Arbeiter täglich
1,40 bis 2,50 Mk. und nur in vereinzelten Fällen etwas mehr
verdienen. Der Tageslohn der Frauen schwankt zwischen 90 Pfg.
und 1,50 Mk., die meisten verdienen aber nur unter 1,35 Mk. pro
Tag. Nicht anders ist es in Ober-, Mittel- und Unterfranken. In
Unterfranken verdienen in einem Betriebe bei täglich 15stündi-
ger Arbeitszeit der erwachsene männliche Arbeiter 2,90 bis 3,10
Mk., also 20 Pfg. pro Stunde. Im übrigen war der durch-
schnittliche Tagesverdienst 2,40 bis 2,60 Mk., in ländlichen Be-
zirken 1,70 bis 2,00 Mk.

Wie in Bayern, so ist auch die Lage der Papierarbeiter im
übrigen Deutschland bescheiden. Sie haben von allen Fabrik-
arbeitern heute die längste Arbeitszeit und dabei die niedrigsten
Löhne. Nur eine gute gewerkschaftliche Organisation wird diesen
fürchterlichen Zustand zu beseitigen vermögen. Und dies ist
dringend notwendig!

„Prostitution beim Theater“. Die Protestveranstaltungen der
Bühnenkünstler im letzten Winter und Frühjahr haben auch eine
Menge von Broschüren hervorgebracht, deren Verfasser sich mit der
Verleumdung mannigfacher sozialer Uebelstände im Theater be-
faßten. Einer der schlimmsten — nein der schlimmste — ist das
tänzerische Dürrenweien, gegen welches Volkrath von Lepel („Pro-
stitution beim Theater“). Zürich, Verlag Volkswort) zu Felde
zieht. Hauptursache hierfür bildet die hundsmäßige Entlohnung
des weiblichen Künstlerpersonals, der schamlose Schacher mit
Menschenfleisch, der zwischen Theateragenten und Direktoren ge-
trieben wird. Mit einem niedrigen Jahreslohn, der in den
allerwenigsten Fällen 1000 Mark übersteigt, war bis jetzt die
Verpflichtung der Beschaffung der vollständigen Theatergarde-
robe verbunden, deren Kosten sich bei mittleren und erstklassigen
Theatern auf das Doppelte, ja vielfache des Einkommens belaufen.
Was ist die notgedrungene Folge? Prostitution. Wir können
aber weiter fragen: Fängt die Prostitution erst an, nachdem
eine Künstlerin so glücklich gewesen ist, bei einem Theater unter-
zukommen? Nein, in den allermeisten Fällen kommt eine Kunst-
lerin überhaupt erst zur Bühne, wenn sie sich zuvor auf die
„horizontale Ebene“ begeben hat. Das Opfer der Jungfräulich-
keit wird bereits verlangt und gebracht, sobald sich ein junges
Mädchen für den Theaterberuf vorzubereiten beginnt. Dem
„Mädchen“, d. h. irgend einem „uneigennütigen“ Kapitalisten, der
die Studienkosten bestreitet, ist der erste Tribut zu leisten; her-
nach dem Lehrer, dem Agenten, dem Regisseur, Direktor — und
so in Grazie weiter. Hinter den Kulissen und bei den Proben
auf der Bühne sitzt die Nüchtheit und die Flegelrei. Hat sich
wirklich mal eine Novize bis an die Worte des Theaters ihre
weibliche Scham und Reinheit bewahrt — ist sie eingetreten,
dann wird sie bald verdorben sein.

Nur der kann sich einen Begriff machen von der Unsitte im
Theater, der seinen Blicken und Handlungen, die unter dem Bühnen-
personal in Uebung sind, dem das zweifelhafte Glück beisehen
war, hinter die Kulissen zu blicken. Im engen Raum stoßen
sich die Sachen — doch was für Sachen! Hier wird oft eine
Unterhaltung geführt, die an Synismus noch den Negerntont
überbietet. Man muß nicht bloß einmal und nicht bloß zu-
fälligerweise irgendwo, sondern an verschiedenen Orten stiller Zuschau-
er bei Regieproben gewesen sein, um sich über die stillschweigende
Prostitution mancher, nein vieler Theaterpächter und Regisseure in
tiefer Seele zu entsetzen! Es existiert kein Bühnenkünstler,
sei es in welchem Lande immer, der seine Behauptung zu
widerlegen vermöchte! Nirgends und in keinem anderen Be-
reite wird der Mensch rauber angepaßt, wie im Theaterberuf.
Nur, der hernach, wenn er auf der Bühne als idealer Held
oder edler Heldin agiert, in den Herzen der Zuschauer und Hörer
den schlummernden Jähnen höheren Menschentums zu reiner
Flamme entfachen soll, ist zuvor jeder Aufwuch des Gefühls,
jeder Glaube an Humanität und sittliche Verklärung gewaltsam
aus der Brust gerissen worden. Da wundern man sich noch
über die Prostitution beim Theater! Sie hat also nicht bloß
allein in der miserablen Bezahlung künstlerischer Leistungen ihre
Ursache, obwohl die Psychopathia sexualis als beruflich hervor-
gerufene Ueberreizung des Nervensystems nicht selten eine
treiblich doch nur sekundäre Bedeutung einnimmt.

Volkrath von Lepel ist selbst Schauspieler. Seine Berichte
über das Dürrenweien besitzen sonach authentische Gewissheit.
Nebenbei bemerkt, ob sie dem Kenner des Theaterlebens etwas
Neues sagen. Naturgemäß scheitert Lepel die Prostituierten in
zwei Sorten. „Die ersten sind weibliche Bühnenmitglieder,
welche durch die bestehenden Verhältnisse, durch minimale Löhne,
meist gezwungen wurden, sich zu prostituieren. Die letzteren
sind Frauenzimmer, die auch vor ihrer sogenannten Bühnen-
laufbahn recht schwungvoll das horizontale Gemerbe ausübten,
und nur in der Hoffnung auf reicheren Segen das Theater
quali zur Unternehmung für ihren eigentlichen Beruf in An-
spruch nehmen.“ Daß hierzu nicht immer das Weib den Anstoß
gibt, weiß Lepel jedenfalls auch. Wie mancher Parvenu oder
Offizier und höherer Beamter holt sich nicht seine Wirtin
aus der Ladenbranche. Da ihm diese Stellung für allzu gewöhn-
lich erscheint, so sucht er das Mädchen beim Theater anzu-
bringen. Meist erträgt er sich ja der persönlichen Bekanntschaft
des Direktors. Fehlt sie ihm, so erwirbt er sich die Freund-
schaft irgendeines einflussreichen Bühnenkünstlers, der beim
Direktor vermittelt und solcherweise indirekt, ohne es zu be-
absichtigen, Kupplerdienste leistet. Jetzt segelt die Dame unter
der Flagge eines Bühnenmitgliedes, wodurch ihr der Eintritt
in die sogenannte „Gesellschaft“ erleichtert ist. Der Galan be-
zahlt dem Direktor die ihm erwünschte Freundschaft mit einer
kleinen für die Geliebte bestimmten Gage. Jugend, Schönheit,
raffinesse Temperament oder Frechheit helfen über Talentlosig-
keit hinweg. Der Weg zur „Herrschenschaft“ steht offen
und wird ausgenutzt. Die Sittenpolizei sieht dem Treiben zu,
ohne sich zu rühren, denn die „Dame“ hat sich schamlos unter
die Obhut eines wohlhabenden Vertreters der Gesellschaft ge-
stellt, wodurch die Anwendung des Kontrollparagraphen pora-
llisiert wird. Es ist wahrlich nicht notwendig auf Provinz-
direktoren hinzuweisen, die, in nicht mißzuverstehender Sin-
deutung, auf die Garnison der betreffenden Stadt, den weid-
lichen Mitgliedern ganz geringe Gagen bieten, ihnen also den
geschlechtlichen Verkehr mit den Offizieren direkt offerieren. „
Man könnte an Berliner Theatern Duzende von Exempeln
einer heillosen Kolonnenwirtschaft statuierten.“

Lepel macht einige Vorschläge zur Beseitigung solcher Miß-
stände, die dadurch, daß sie schon oft auf Tapet gebracht worden
sind, nichts an ihrer Aktualität verlieren. „Die Bühnenleiter
müssen gezwungen werden, höhere Gagen zu zahlen. Nicht
lebensfähige Theater müßten behördlich geschlossen werden. So-
genannte „Schmierer“ und Wandtheater müßten überhaupt
verschwinden. Ebenso müßte ein gewisser Bildungsgrad bei
männlichen wie bei weiblichen Bühnenmitgliedern gefordert
werden. Es ist ja unglücklich, was heututage alles zum
Theater läuft. Das Theater ist doch zum Duzen nicht der Rück-
zugsort für reichhaltige und minderwertige Existenzen? Es
ließe sich wohl eine staatlich geleitete Prüfungskommission für an-
gehende männliche und weibliche Bühnenmitglieder einrichten.
Der Prüfungskommission wäre einzuschreiben, sich die
Künstlerinnen und Künstlerinnen recht genau anzusehen, bevor
sie dieselben den einzelnen Theatern zuweisen würde. Und dann
eine Generalüberprüfung der bestehenden Kunsttätigkeit. Mit
einem Besen müßte da allerdings gekehrt werden. Rücksichts-
los! Weg mit den Intendanten und Direktoren, welche die
schamlose Prostitution an ihren Theatern dulden und unter-
stützen und dadurch die Achtung vor dem Künstlerstande beeinträch-
tigen; weg mit den Agenten, welche nur unter gewissen Be-

dingungen den weiblichen Bühnenmittelliedern Engagements ver-
mitteln, und weg vor allen Dingen mit dem Dürrenmatt am
Theater!

Lepele weiß sehr wohl, daß namentlich dies letztere zu be-
seitigen die Bühnenkünstler in erster Linie verpflichtet sind.
Warum opponieren sie nicht? Warum dulden sie, daß Stottern
unter ihnen fihet? Lepele meint ganz richtig: es fehle den
Bühnenkünstlern meistens an der nötigen Achtung und Würde
voneinander; sie ermangeln der moralischen Einsicht und der
Selbsterziehung zur Sitlichkeit. Das ist's! Soll alles anders,
d. h. besser werden, dann werden die Bühnenkünstler total aus
ihrer bourgeoisen Haut herausfahren müssen. Wohl haben sie
ja jüngst hierzu einen Anlauf genommen und es war erfreulich
zu sehen, daß in einzelnen ihrer Versammlungsreden die Ma-
regungen von unserer Seite hier verwerlet wurden. Wenn sie
vornwärts wollen, so müssen sie sich organisieren gleich den
sozialistisch-gewerkschaftlich fokalierten Handarbeitern. Das
heißt aber: lernen von ihnen, anstatt, wie das auf einer der
letzten Genossenschaftstagen von einer Stelle aus geschah,
öffentlich gegen die Sozialdemokratie loszugehen. Mit sozialer
Mündigkeit und spießbürgerlicher Angstmeierei wird nichts
getan sein — und alles wird bleiben wie zuvor.

Standesamts-Nachrichten.

Stadt Bünde. Geburten. Sohn: Oberpostassistent Julius
Otto Bahlte, Klinikstr. 20.
Töchter: Fabrikant Heinrich Ernst Bollmann, Klinikstr. 20.
Sterbefall: Paul Trienemeier, 4 J., Feldmark 151.

Amt Eger. In der Zeit vom 11. bis 17. Juni 1909 sind
beim hiesigen Standesamt gemeldet:
Geburten. Sohn: Kanonier von der 5. Batterie im Ost-
preussischen Feldartillerie-Regiment Nr. 62 in Osnabrück Karl
Heinrich Meyer.
Töchter: Pagarrenarbeiter Heinrich Steffen, Herringhaufen;
Kaufmann Wilhelm Holzstämpfer, Eger; Kaufmann Karl Oster-
wald, Eger.

Sterbefall. Handarbeiter Herm. Heinrich Engelbrecht,
71 J., Oldinghausen.

Vereins-Kalender.

Dienstag.

Gemischter Chor 9 Uhr im „Schützenhof“, Arndstraße.
Kampfsport-Verein 8 1/2 Uhr bei Schneider, Kampstraße.
Arbeiter-Gesangverein „Liederkreis“ 9 Uhr bei Beckmann, Gr.
Hofe.
Arbeiter-Turnverein „Westfalia“ 8 1/2 Uhr bei Holz, Restauration
zum Siegfried.
Ritterklub „Edelweiß“ 9 Uhr bei Reimeyer, Herforderstraße.
Regellklub „Hansa“ 8 1/2 Uhr bei G. Riedert.
Regellklub „Bahn frei“ 8 1/2 Uhr bei G. Blome, Spindelstr. 68.
Bielefelder Kraftsport-Vereinigung 9 Uhr im Berliner Hof.
Freie Radfahrer-Vereinigung Bielefeld Abt. IV bei Tarnhorn.
Radfahrerkreis „Westfalia“ 8 1/2 Uhr bei Helsing, Schmiedestr. 9.
Guttemplerorden Loge Teutoburg. 8 1/2 Uhr. Gr. Kurfürsten-
straße 51.
Freie Turnerschaft Bielefeld, Abt. „Vorwärts“ 8 1/2 Uhr bei
Freudenau, Heeperstraße.
— Abt. „Frisch Auf“ 8 1/2 Uhr bei Jansamp, Egerstraße.
— Abt. „Eintracht“ 8 1/2 Uhr bei Langewort, Detmolderstraße.
— Abt. „Eintracht“ 8 1/2 Uhr bei Langewort, Detmolderstraße.
— Abt. „Jahn“ 8 1/2 Uhr bei Stadbrügger, Turnerstraße.
— Abt. „Gaddebaum“ 8 1/2 Uhr bei Stadbrügger, Turnerstraße.
— Abt. „Hoffnung“ 8 1/2 Uhr bei Wendenbrink, Herforderstraße.
Brackwede. Freie Turnerschaft, Abt. „Frisch Auf“, 8 1/2 Uhr
bei Wirt Schröder.
— Abteilung „Fichte“ 8 1/2 Uhr bei Wirt Goldstein.
— Abteilung „Deutsche Kraft“-Museum an bekannter Stelle
8 1/2 Uhr.
Brackwede. Kraft-Sport-Verein 8 1/2 Uhr bei Karl Schröder.
Siedler. Arbeiter-Gesangverein „Einigkeit“ 8 1/2 Uhr im Ver-
einslokal Siedler 228.
Südwestf. Arb.-Turnverein „Frisch Auf“ 6. Wirt Fohrmann.
Schilbesche. Arbeiter-Turnverein „Deutsche Eiche“ 8 Uhr
bei Rechterbeck.

Brake. Arbeiter-Turnverein 8 1/2 Uhr in der Turnhalle.
Dornberg. Turnverein Jahn 7-9 Uhr bei Indiestel.
Bürgerweg.
Eger. Turnverein „Eintracht“, 9 Uhr im Riermannschen
Saale.
Herford. Arb. Turnverein „Eintracht“ 8 1/2 Uhr bei Wirt
S. Freitag, Ahmmerstraße.
Herford. Arbeiter-Turnverein „Frisch Auf“ 8 1/2 Uhr bei
Liedtke.
Herford. Arbeiter-Turnverein „Vorwärts“ 9 Uhr bei Wirt
Brodmann.
Herford. Radfahrerverein „Frisch voran“ abends 7 Uhr bei
Witte Tiemeier.
Herford. Gesangverein „Arion“ 9 Uhr bei Tiemeier, Stift-
berg.
Herford. Arbeiter-Gesangverein „Zimmergrün“ 9 Uhr beim
Wirt Büchner.
Herford. Turnverein „Eichenkranz“ 9 Uhr bei Läge.
Sundern. Arbeiter-Turnverein „Freiheit“ 9 Uhr bei Wirt
Wester.
Hallenbick. Arbeiter-Turnverein „Eintracht“ 8 1/2 Uhr bei
Stille.
Spenge. Arbeiter-Turnverein „Einigkeit“ 8 1/2 Uhr bei
Heilmann.
Porta. Freie Turnerschaft, Turnabteilung abends 7 Uhr bei
Herrn Friede.
Rehme. Freie Turnerschaft 9 Uhr bei Stöble.
Lage. Arbeiter-Gesangverein „Vorwärts“, 8 1/2 Uhr bei Karl
Woh, Langestraße.
Detmold. Arbeiter-Turnverein „Vorwärts“ 8 1/2 Uhr im
Vereinslokal „Centralhalle“.
Lemgo. Freie Turnerschaft 8 1/2 Uhr bei Gastwirt Mohrmann,
Lippischer Hof.
Blottho. Arbeiter-Gesangverein abends 8 1/2 Uhr bei Gastwirt
Gastmann.
Minden. Arbeiter-Sängerbund 7 1/2 Uhr: Männerchor.
Stadthagen. Freie Turnerschaft 7 1/2-9 1/2 Uhr im Schaum-
burger Hof.

Abonnementpreis
für Bielefeld und Umgegend,
wie bei sämtlichen Agenturen
ins Haus gebracht 60 Pfg. mon-
atlich. Durch die Post bezu-
gen 1,80 Mk. vierteljährlich er-
höht.
Einzelnummer 10 Pfg.

Erstausgabe
mit Ausnahme der Sonn-
festtage täglich nachmittags

Fernsprech-Anschluß Nr. 35

Nr. 143.

Die heutige Nr.

**Die landwirtschaftl.
und die**

(Auch ein Beitrag für

Dem alten Grundbesitz,
Ausnahmestellung zu ge-
ben, auf den die Ver-
sicherungsgesetzgebung
und dem Gewerbeunfall-
versicherungsgesetzgebung
lichen Arbeiter erhalten
vollen Jahresarbeitsverdi-
enst über den dreihundertfachen
ort festgestellten örtlichen
Jahresarbeitsverdienst)
(Durch die Gewerbeun-
fallversicherungsgesetz-
gebung, land- und ge-
werblich nach dem durch
diesen Rechnungsweg
arbeitsverdienst (Durch
Landunfall-Versicherungsgesetz-
größten Ungerechtigkeiten
Unfallversicherungsgesetz
30. Juni 1900“ enthält
ermittelten Jahresdurchschnitt
mitunter beträchtlich tiefe
Löhne für die gewerblichen
Jahresarbeitsverdienst, m.
Beispiel im Landkreis G.
Sätze für gewerbliche Ar-
beitsverdienst Arbeiter ab-
nun noch, daß der unter-
liche Arbeiter, wenigstens
während dem über dem
lichen Arbeiter nur diese
Das hier angezogene
Ungerechtigkeit im heftig-
dem Gewerbeunfall-Versi-
chen Jahresarbeitsverdi-
würde Anspruch erlangen
Ein landwirtschaftlicher
geheh verhöfelter) Arbeiter
dienst hätte, würde nur a-
heben können. — Ein an-
Loburg (Regierungsbezi-
kommenden Berechnungs-
wohl für die gewerblichen
Arbeiter 450 Mark. An-
von Großhändlern (Natur-
Lohnhöhe eines Fabrikar-
Markt verdiente, wird hier
gelegt wird, eine Vollren-
necht, der ebenfalls 600
lediglich jener Durchschnitt
Markt herangezogen wird.
In unserem Falle, die
teiligung des landwirtschaft-
„Loburg“ gar eine solche
Schon im alten Land-
von 1886 war der Ge-
wieder zu durchbrechen.
lichen Betriebsbeamten e-
nung zu unterwerfen; das
hält doch etwas gar zu
man für die Betriebsbe-
Individuallohn-Berechnung
Materie im Jahre 1900
beamten noch eine ande-
arbeiter“, hinzuzufügen.
sehr sich auch insbesonde-
liche Vertreter dagegen
entziehen, weil durch die
liche Anzahl von Arbeiter-
versicherung versichert mo-
versicherung zugeteilt wur-
dem Brenner, dem Bi-
macherei- und dem Baue-
und forstwirtschaftlichen
sämtliche Arbeiter der
die vordem der Tiefbau-
Durch diese versicherung
die den Betriebsbeamten
„Radarbeiter“, in die ab-
wirtschaftliche Berufsbe-
stellung logischerweise hin-
V. G. ordnet die Materie
„Wer im Sinne die-
als eine solche Person an-
den gewöhnlichen land-
technische Fertigkeiten er-
zum Beispiel Förster, G-
Radarbeiter, wie Bren-
Bieger, Stellmacher, E-
statutarische Bestimmungen
ihren Bezirk festgelegt.“
Bei Aufstellung ihrer
schaftlichen Berufsangeho-
ren Sachlage abzufinden.
das soll hier Gegenstand
haben und der Maße un-
Landwirtschaftlichen Ver-
den darin formulierten
Brüfung zu unterziehen, u-
und für die Sache recht
gesamt ermittelten wir nie-
nungen, darunter befinden
die gleiche Berufsart, fer-
die Unterabteilungen ein-
ziel: Brenner, Brenner

Sommertheater.

(Brinkhoffs Tonhalle.)
Heute, abends 8 1/2 Uhr:
Zum 1. Male! Lustspiel-Novität!
Der Dummkopf.
Lustspiel in 5 Aufz. v. Ludw. Fulda.
Mittwoch, den 23. Juni 1909,
Anfang 8 1/2 Uhr:
Auf vielseitigen Wunsch nochmalige
Gufführung!
Novität! Zum 5. Male! Novität!
Staatsanwalt Alexander.
Schauspiel in 4 Akten von C. Schüller.

Städt. Orchester.

Heute abends 8 1/2 Uhr:
Großes
Streich-Konzert
im Garten „Hotel Kaiserhof“.
Mittwoch, den 23. Juni,
abends 8 1/2 Uhr: [3385]
Großes Streich-Konzert
in Lüllmanns Garten.
Vorverkaufstickets haben hierzu Gilt-
tigkeit. An der Kasse 50 Pfennig.

Sport- bekleidung jeder Art

für 3379
:: Turner, Radfahrer, ::
Fussball-, Rasenspieler,
:: Athleten usw. ::
Ganz-Ausrüstung
von Vereinen.
M. Mosberg
Jöllenbeckerstr. 5.

Gratulationskarten

für alle Gelegenheiten
hies größte Auswahl
Buchhandlung „Volkswacht“.

Kleine Anzeigen-Gefte.

Jedes Wort kostet nur 2 Pfg., in
der fetten Leberschrift 10 Pfg.
Anzeigen unter dieser Rubrik werden nur bei Vorabbezahlung angenommen.
Kochherde,
weiß und schwarz emailliert, wenig
gebraucht, in enorm großer Auswahl,
sollen räumungshalber zu jedem nur
annehmbaren Preise verkauft werden.
Teilzahlung gestattet. Adolf Seine,
Ritterstraße 57. 2438
Achtung!
Die feinsten getragenen Herren-
Anzüge, Damentüme, Uhren und
Ketten kaufen Sie nur am besten
und reellsten bei Wilhelm Meier.
Kettestraße 19. 3281
Fahrradteile! 3380
jeder Art, Laufdecken von Mk. 2,50
an, prima Decken Mk. 3,50, Luft-
schläuche Mk. 2,15, Felgen Mk. 1,
Ventilringe Mk. 2,25, Pedale Mk. 2,
Ketten Mk. 2,30 u. f. w., sowie Repa-
raturen an Fahrrädern und Näh-
maschinen jeder Art außerordentlich
billig bei K. Gerke, Siegfriedstr. 61.
1 Trompete,
1 Althorn, 2 gute alte Geigen billig
zu verkaufen. F. Kohn, Semmerstraße
Nr. 77, Brackwede. [3378]
Schluf
des Preiskriegs Mittwoch, den 23.
d. M., abends 10 Uhr. Peter Burt-
hard, Schilderstraße 37. [3386]
Anzüge,
zurückgesetzt und gebraucht, von 7 Mk.
an. Brunnenstr. 12 a. [3385]
Damenschneiderin
nimmt noch Kunden an. Sieferstr. 20.
Eingang durch den Laden. [3350]
Malergehilfen
auf sofort gesucht. D. Stieck, Del-
mühlenstraße 69. [3383]
Pflanzen!
Kehreere Tausend Weißkohl-, Blumen-
kohl-, Kohlrabi-, Stedrüben-
pflanzen hat abzugeben A. Scherhoff,
Schilbesche, Brackwede. 42. [3369]
Nebenverdienst,
hohen, können sich Leute jeden Standes
erwerben durch Uebernahme einer
Agentur erhalt. Lebens- und Kinder-
versicherung mit konkurrenzlosen Ta-
rifen. Off. unter A. Z. an die Exp.
der Ztg. 3304
Wohnung, [3301]
abgeschlossene, von 4 Räumen, nebst
Zubehör, ist zum 1. Oktober zu ver-
mieten. Gadderbaum, Pellaweg 16.
Wohnung 3381
von 4 Räumen nebst Stall und 1/2
Scheffelsaat Land zum 1. Oktober zu
vermieten. Sudbrack, Langestr. 29.
2 Rinderhürzen
verloren. Bitte abzugeben Herforder-
straße Nr. 10, Schilbesche. [3388]
2 Dachdeckergehilfen
zu sofort gesucht. 3359
H. Hienstedt, Brake, Lippe.

Das Tagesgespräch von Bielefeld

Hagenbeck-Schau

Täglich abends 8 1/2 Uhr: Gr. Vorstellung.

Mittwoch, Sonnabend und Sonntag:

Gr. Nachmittags-Vorstellung um 4 Uhr.

Täglich vormittags von 10-12 1/2 Uhr:

Hochinteressante Proben, Besichtigung u. Fütterung.

Sonntags keine Probe, nur Besichtigung
von 11-12 1/2 Uhr gegen das bekannte Entree.

Billette im Vorverkauf für die Abend-Vorstellungen bis täglich abends 6 Uhr bei:
M. Niemeyer, Zahnpfah, Rud. Fiedler, Alter Markt und für alle Vorstellungen
an der Tageskasse. 3367

Nur bis 28. Juni. Fernruf 479. Nur bis 28. Juni.

Emil Wilde

Juwelier, Goldschmied und Graveur
zeigt hiermit die Eröffnung seines Ladenlokals
Steinstr. 2 (Eckhaus Schillerplatz)
an und empfiehlt sein reichhaltiges Lager in
Gold-, Silber- u. Alfenidewaren.
Ausführung von Neuarbeiten, Reparaturen, Ver-
golden, Versilbern, Gravierungen usw. in eigener,
schon 16 Jahre bestehender Werkstatt. ::

Künstliche Zähne

mit und ohne Gaumenplatte. 2683
Plombieren und Zahnoperationen schmerzlos.
Behandlung von Krankenkassen-Mitgliedern.
F. W. Möller, prakt. Zahn. Herforderstr.,
neb. der Stadtheiderschule.
Mäßige Preise Bequeme Zahlung

Reise-Handbuch

Scherms für wandernde Arbeiter.
Preis Mk. 1,50. Porto 10 Pfg.
Vorrätig in der Buchhandlung „Volkswacht“, Schulstr. 20.

Globus Putzextrakt

putzt
besser
als andere
Metall-Putzmittel

Simplicissimus

Nr. 12.
Buchhandlung „Volkswacht“.

2 Dachdeckergehilfen

zu sofort gesucht. 3359
H. Hienstedt, Brake, Lippe.

Kufek
Tausendfach bewährte
Nahrung bei:
Brechdurchfall,
Diarrhöe,
Darmkatarrh, etc.
-Kindernahrung
-Krankenkost

Brennabor
Vornehmste Marke. Hohe technische Vollendung.
Feinliche Präzisionsarbeit. Unbegrenzte Haltbarkeit.
Spielend leichter Lauf und elegantes Aussehen sind
Hauptvorzüge und in dieser Marke vereinigt.
Brennabor-Werke, Brandenburg a. H.
General-Vertrieb: 2374
Herm. Diekmann, Brackwede.

Herford!
Allgemeine Orts-Krankenkasse
für gewerbliche Arbeiter der Stadt Herford.
Am Sonnabend, den 26. Juni 1909, abends 9 Uhr,
— im Lokale des Herrn Weder: —
Ausserordentl. General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Neu-Festsetzung der Beiträge- und Leistungssätze.
2. Erhöhung der Vorstandsmitglieder von 9 auf 12.
Der Vorstand. Albert Brunte, 1. Vor-
Den Vertretern diene zur Nachricht, daß eine besondere Einladung
per Karte nicht mehr erfolgt. [3357]

Lagerhalter-Gesuch.
Wir suchen einen verheirateten, kautionsfähigen
Lagerhalter.
Schriftliche Offerten sind unter Angabe der Mitgliedsnummer
bis zum Freitag, den 25. d. M., auf unserem Kontor, Mindener-
straße Nr. 10, einzureichen.
Consum-Verein für Herford u. Umg.
Der Vorstand.

Scherms Reise-Handbuch
für wandernde Arbeiter.
Preis Mk. 1,50. Porto 10 Pfg.
Vorrätig in der Buchhandlung „Volkswacht“, Schulstr. 20.

Simplicissimus
Nr. 12.
Buchhandlung „Volkswacht“.

Globus Putzextrakt
putzt
besser
als andere
Metall-Putzmittel

2 Dachdeckergehilfen
zu sofort gesucht. 3359
H. Hienstedt, Brake, Lippe.